

Geschäftsbericht 2009



Inhalt

I Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung	3	III Finanzieller Überblick	21
1. Ratsstatistik und Allgemeines	4	1. Das Rechnungsergebnis in Kürze	22
2. Besondere Parlamentsrechte	5	1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2009	23
3. Ratsleitung	5	1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2008 und Rechnung 2009	24
II Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung	7	1.3 Finanzkennzahlen 2005 – 2009	26
1. Allgemeines	8	1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen	30
2. Regierungsgeschäfte	8	2. Rahmenbedingungen	36
3. Anlässe/Aussprachen	11	3. Die grössten Aufwandpositionen	38
4. Information der Öffentlichkeit	12	3.1 Besoldungskosten	38
5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz	13	3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen	42
6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	14	3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst	43
7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur	16	3.4 Abschreibungen	44
8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen	16	3.5 Strassenbaufonds	45
9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragen für Information und Datenschutz	16	3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen	46
10. Politische Rechte	16	3.7 Soziale Sicherheit	46
		4. Die grössten Ertragspositionen	48
		4.1 Bundesanteile	48
		4.2 Staatssteuerertrag	49
		4.3 Nebensteuern	51
		IV Bericht der Revisionsstelle	53

Editorial



Der erneut ausserordentlich gute Jahresabschluss ist eine sehr bemerkenswerte Nachricht. Das wirtschaftliche Umfeld liess nicht erwarten, dass die Staatsrechnung nochmals in diesem Ausmass positiv ausfällt. Es sind wohl die guten Jahre, die sich weiter ausgewirkt haben. Die Folgen des wirtschaftlichen Abschwunges werden den Staatshaushalt erst noch erreichen. Das gute Ergebnis spricht dennoch dafür, dass die Verhältnisse eindeutig stabiler geworden sind.

Die kantonale Wirtschaft ist deutlich robuster als noch vor zehn und mehr Jahren. Es zahlt sich aus, dass sie sich stark diversifiziert hat. Die Steuern der juristischen Personen sind nicht wirklich eingebrochen. Es gibt zahlreiche neue erfolgreiche Betriebe. Den verantwortlichen Unternehmerinnen und Unternehmern, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, gebührt auch an dieser Stelle unsere grosse Anerkennung.

Als Kanton mit einer ausgeglichenen Bevölkerung profitieren wir auch von ihrem soliden Mittelstand. Wir haben vergleichsweise wenig Grossverdiener und dafür viele Normalverdiener, die vom wirtschaftlichen Einbruch bis jetzt weitgehend verschont blieben. Die Stärke einer mittelständischen Bevölkerung ist so quasi die Kehrseite einer Krisen-Situation: Sie trägt massgeblich dazu bei, dass sich auch die öffentliche Hand besser über Wasser halten kann. Ein guter weiterer Grund, dass wir zu den Leistungsträgern unserer Gesellschaft Sorge tragen.

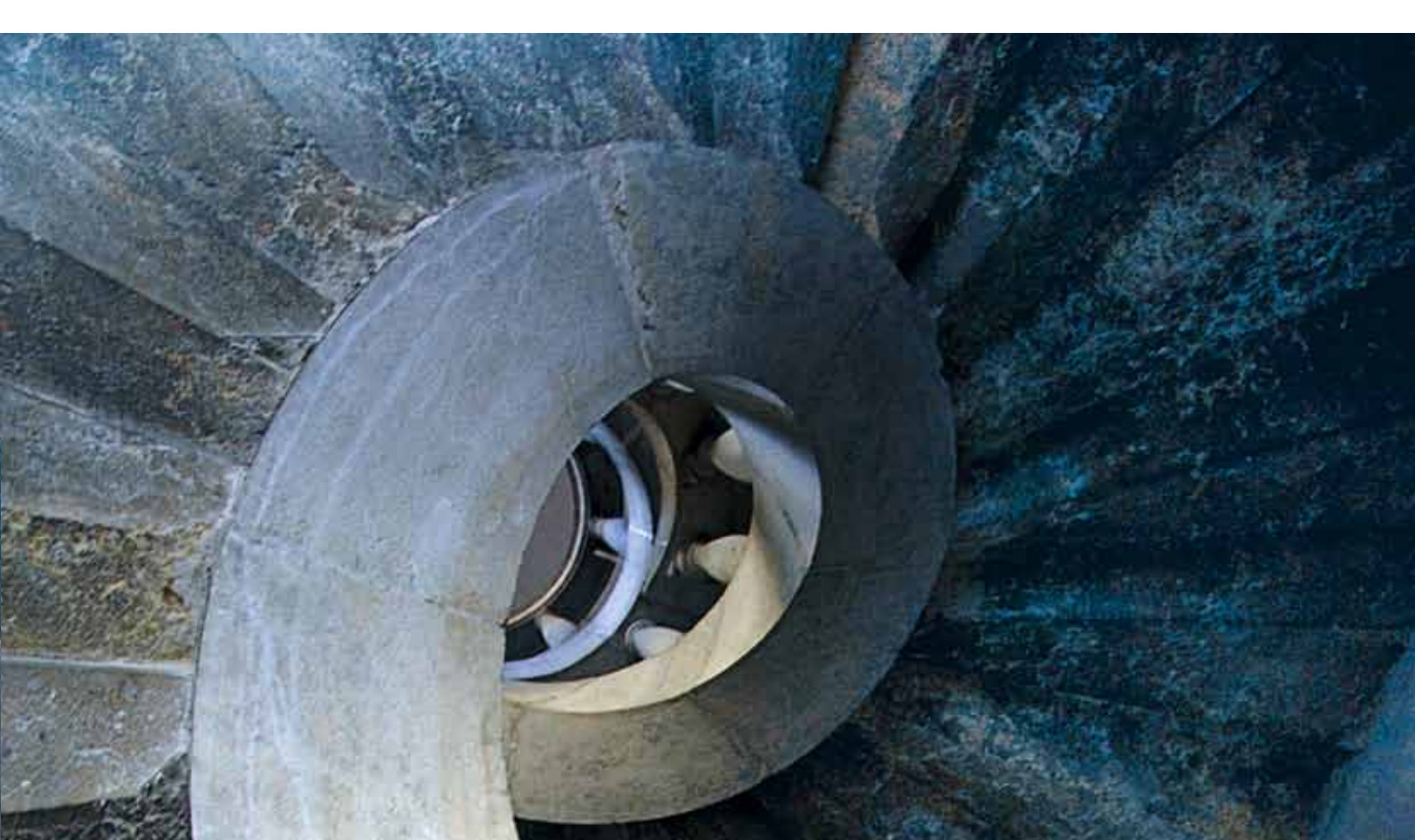
Das erfreuliche Rechnungsergebnis ist nicht zuletzt aber auch ein beachtlicher haushalt-interner Leistungsausweis.

Die jahrelangen Anstrengungen, die Ausgaben zurückhaltend und diszipliniert zu bewirtschaften, tragen Früchte: Wir haben eine gute Art gefunden, mit wenig Mitteln auszukommen und unsere Aufgaben trotzdem wirksam wahrzunehmen. Ich danke dafür allen Mitarbeitenden, und gratuliere unserem Finanzdirektor, der mit eiserner Hand unablässig Sparsamkeit anmahnt.

Gute Verwaltungskultur muss ständig gepflegt und weiterentwickelt werden. Wir bleiben herausgefordert. Die kommenden Jahre werden wieder härter werden. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir die Standortqualitäten unseres Kantons weiter festigen und ausbauen können.

Walter Straumann
Landammann





Bericht des Kantonsrates
über seine Geschäftsführung



Bericht des Kantonsrates über seine Geschäftsführung

1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Christine Bigolin Ziörjen, SP, Sozialarbeiterin, Aetigkofen, präsiert.

Ratsstatistik	2007	2008	2009
- KR-Sessionen	7	6	7
- Anzahl Sitzungshalbtage	16	14	15
Behandelte KR-Geschäfte	193	193	214
- Sachgeschäfte	47	57	60
- Rechtsetzende Erlasse	18	14	8
- Wahlgeschäfte	35	17	51
- Verordnungsvetos	1	0	1
- Volksinitiativen	2	0	2
- Volksaufträge	-	2	1
- Aufträge	43	49	36
- Interpellationen	41	34	31
- Kleine Anfragen	6	5	17
Neu eingereichte Vorstösse	82	94	93
- Volksaufträge	1	1	2
- Aufträge	42	51	42
- Interpellationen	35	37	31
- Kleine Anfragen	4	5	18
KR-Kommissionssitzungen (ohne Ausschüsse)	71	58	56
- Ratsleitung	15	7	8
- Finanzkommission	12	12	11
- Geschäftsprüfungskommission	5	5	4
- Justizkommission	10	7	14
- Bildungs- und Kulturkommission	9	8	5
- Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission	8	9	6
- Sozial- und Gesundheitskommission	6	8	6
- Redaktionskommission ¹	-	-	1
- Spezialkommission Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	1	2	-
- Erweiterte Finanzkommission Steuergesetzrevision	5	-	-
- Präsidentenkonferenz	-	-	1
Gesamtanzahl Sitzungsabrechnungen (inkl. Fraktions- und Ausschusssitzungen)	225	211	202

Das Berichtsjahr war ein Wahljahr; nach den Wahlen trat Philipp Keel, Grüne, per Ende 2009 aus dem Kantonsrat zurück. Seine Nachfolgerin wird in der ersten Session des Jahres 2010 vereidigt.



2. Besondere Parlamentsrechte

- Einspruchsrecht des Kantonsrats (Art. 79 Abs. 3 KV)

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 24 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen zwei wurde das Veto ergriffen. Das Veto gegen die Änderung der Sozialverordnung wurde vor der Beratung im Kantonsrat wieder zurückgezogen; das Veto gegen die Änderung der Verordnung über den elektronischen Austausch von Zonendaten zwischen Gemeinden und Kanton wird erst im Jahr 2010 vom Kantonsrat behandelt.

- Stellungnahme des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrats an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

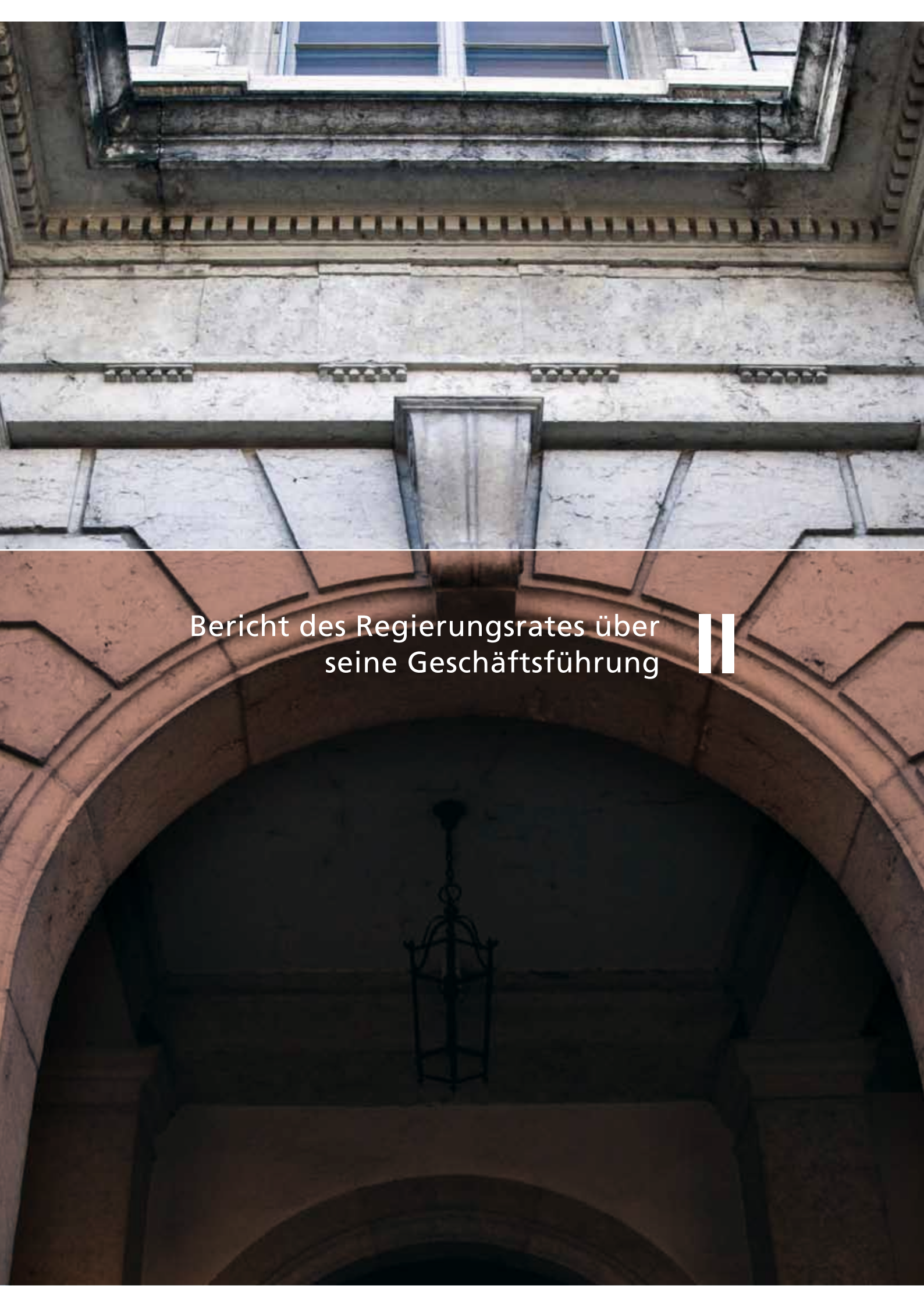
Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr der Ratsleitung 78 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Die Ratsleitung hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

3. Ratsleitung

Die Ratsleitung hielt im Berichtsjahr 9 Sitzungen ab, an denen sie sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasste. Unter anderem beschloss sie, einen Auftrag einzureichen, damit ein formelles Verfahren zur Genehmigung von Demissionen geschaffen werden kann. Ausserdem beschloss sie, dem Rat eigene Vorlagen zu unterbreiten, einerseits um die Folgen der Unvereinbarkeit zu definieren, andererseits um die Protokollarten zu erweitern, um den neuen Gegebenheiten unter den Regeln der wirkungsorientierten Verwaltungsführung Rechnung zu tragen, die zur Folge haben, dass viel mehr in Ausschüssen gearbeitet wird.

Am 1. April 2009 wurden die am Ende der Legislaturperiode 2005–2009 aus dem Kantonsrat ausgeschiedenen Ratsmitglieder in einer kleinen Feier offiziell verabschiedet. Für die neu gewählten Ratsmitglieder wurden verschiedene Einführungsanlässe durchgeführt. Am 11./12. September 2009 fand die Jahresversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Parlamentsfragen in Solothurn statt. Zum thematischen Teil der Versammlung konnten gut 100 Personen im Kantonsratssaal begrüsst werden. Im Berichtsjahr empfing die Ratsleitung das Büro des Landrats Nidwalden zu einem Gegenbesuch in Solothurn.



The background image shows a detailed architectural scene. At the top, a window with a white frame and blue shutters is visible. Below it is a decorative stone ledge with a row of small, square, raised elements. The main part of the image is a large, reddish-brown stone archway. Inside the arch, a dark, ornate hanging lantern is visible. The overall style is classical or neoclassical.

Bericht des Regierungsrates über
seine Geschäftsführung



Bericht des Regierungsrates über seine Geschäftsführung

1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2009 von Landammann Klaus Fischer geleitet. 2009 wurden an 44 Sitzungen 2478 Beschlüsse gefasst.

2. Regierungsgeschäfte

Das Jahr 2009 stand unter anderem im Zeichen der Erneuerungswahlen des Kantons- und des Regierungsrates für die Legislaturperiode 2009–2013. Bei einer rund sechs Prozent tieferen Wahlbeteiligung als vor vier Jahren bestätigten am 8. März die Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sämtliche bisherigen, sich wieder zur Wahl stellenden Mitglieder des Regierungsrats im ersten Wahlgang. Bei den Kantonsratswahlen haben die Sozialdemokraten vier (neu 21 Sitze) und die FdP drei Sitze (27) verloren. Die Grünen erreichten erstmals Fraktionsstärke (6). Die CVP mit zwei Sitzgewinnen (25) bildet neu zusammen mit den erstmals im Kantonsrat vertretenen Grünliberalen (2) und der EVP (1) die grösste Fraktion. Die SVP konnte einen Sitzgewinn verzeichnen (18).

Mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode mussten zahlreiche Vertretungen der Regierung und Verwaltung in verschiedensten Gremien und Kommissionen neu gewählt werden.

Zu Beginn der neuen Legislatur Anfangs August konnte der Regierungsrat nach einer rund einjährigen Erarbeitungszeit Leitbild und Legislaturplan 2009–2013 vorstellen. Ausgehend vom bisherigen Leitbild hat er sich an der Strategie der nachhaltigen Entwicklung mit den drei Dimensionen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft orientiert und drei politische Schwerpunkte für die neue Amtsperiode bestimmt. Die Schwerpunkte werden mit 16 strategischen Zielen umschrieben. Diesen sind wiederum 40 konkrete Handlungsziele zugeordnet, welche der Regierungsrat in der Amtsperiode erreichen will. Der Legislaturplan wurde vom Kantonsrat, ergänzt mit seinen Planungsbeschlüssen, zur Kenntnis genommen.

2009 legte der Regierungsrat folgende Gesetzgebungsprojekte dem Kantonsrat zur Beratung vor:

- Änderung des Gebührentarifs
- Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer durch Einführung eines Bonus-Malus-Systems für Personenwagen: 1. Verordnung über die Erhebung der Steuern für Motorfahrzeuge; 2. Teilrevision des Gesetzes über die Steuern und Gebühren für Motorfahrzeuge und Fahrräder
- Biometrisierung der Ausweise für Personen mit schweizerischer oder ausländischer Staatsbürgerschaft: 1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites und Bewilligung von wiederkehrenden Ausgaben; 2. Änderung des Gebührentarifs; 3. Änderung der Ausweisverordnung
- Änderung des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖV-Gesetz) Verordnung über die Organisation und Finanzierung der Schülertransporte (Schülertransportverordnung)
- Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA)
- Änderung des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (Bürgerrechtsgesetz) und des Gesetzes über die Gerichtsorganisation
- Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung vom 2. April 2009 über die computergestützte Zusammenarbeit der Kantone bei der Aufklärung von Gewaltdelikten (ViCLAS-Konkordat) und Änderung des Gesetzes über den Vollzug von Freiheitsstrafen, Ersatzfreiheitsstrafen, gemeinnütziger Arbeit, therapeutischen Massnahmen und Verwahrung



- Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung
- Unterstützungsmassnahmen für strukturell schwache Gemeinden im Kanton Solothurn, Teilrevision des Gesetzes über den direkten Finanzausgleich sowie Teilrevision des Gemeindegesetzes
- Harmonisierung der obligatorischen Schule: 1. Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat); 2. Änderung der Kantonsverfassung (als Folge des HarmoS-Konkordates, 3. Änderung des Volksschulgesetzes (als Folge des HarmoS-Konkordates)
- Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung
- Teilrevision der Verordnung über den Abwasser- und Altlastenfonds
- Teilrevision des Gebührentarifs
- Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern

Die Serie positiver Rechnungsabschlüsse setzte sich auch im Jahre 2008 fort. Ein Ertragsüberschuss von rund 122 Mio. Fr. ermöglichte eine weitere, merkliche Stärkung des Eigenkapitals auf 280 Mio. Fr. Aufgrund der sich abzeichnenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise einerseits und wachsenden Ausgaben namentlich in den Bereichen Gesundheit und Bildung andererseits, zeichnet sich aber eine Verschlechterung der künftigen Abschlüsse ab.

Die einsetzende Rezession als Folge der Finanzmarktkrise hinterliess auch im Kanton Solothurn ihre Spuren und begleitete die Regierungstätigkeit während des ganzen Berichtjahres. Der Anstieg der Arbeitslosenquote von 2,8 % (Dezember 2008) auf 4,6 % (Dezember 2009) widerspiegelte die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der stark exportorientierten Solothurner Wirtschaft. Mit einem massiven Ausbau der Vermittlungstätigkeit der RAV sowie einer Aufstockung des Budgets für arbeitsmarktliche Massnahmen wurden die unmittelbaren Folgen der negativen Beschäftigungsentwicklung gemildert. Kurzarbeitsentschädigungen der öffentlichen Arbeitslosenkasse halfen Entlassungen zu verhindern. Nebst der Arbeitslosenkasse, die als automatischer Stabilisator zur Erhaltung der Kaufkraft wirkt und somit zur Stützung des privaten Konsums beiträgt, sollen weiter beschlossene und ausführungsfähige Bauprojekte des Kantons in den nächsten vier Jahren Investitionen von rund 800 Mio Fr. auslösen und somit konjunkturstützend wirken. Mit ständigen Bemühungen der kantonalen Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern, wird eine gute Ausgangslage bei einem Wiederaufschwung geschaffen. Eine positive Wirkung wird auch von der ab dem Berichtsjahr wirksam werdenden Steuergesetzrevision erwartet, die die privaten Haushalte im Kanton mit rund 90 Mio. Fr. entlastet.

Gemäss dem vom Volk beschlossenen Gesundheitsgesetz wurde per 1.1.2009 in den Gastronomiebetrieben im Kanton Solothurn ein grundsätzliches Rauchverbot in Kraft gesetzt, wobei das Einrichten von Fumoirs erlaubt bleibt. Aufgrund der Gesetzgebungsarbeiten auf Bundesebene wurde vorerst auf den Erlass einer Verordnung verzichtet. Um die Rechtsgleichheit zwischen den Gastronomiebetrieben bei der Umsetzung der Fumoirs zu gewährleisten, sind diese einer Bewilligungspflicht zu unterstellen, was wiederum den Erlass einer entsprechenden Verordnung, die per 1. Juli in Kraft gesetzt wurde, verlangte. Da am 15. Juli eine kantonale Volksinitiative mit dem Titel «für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» eingereicht wurde, bleibt das Thema Rauchverbot im kommenden Jahr pendent.

Nach dem tödlichen Verkehrsunfall im November 2008 in Schönenwerd hat der Regierungsrat eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit der Überprüfung der geltenden Bestimmungen über die allgemeinen Massnahmen zur Verhütung und Ahndung sogenannter Raserunfälle sowie dem Aufzeigen des allenfalls erforderlichen Bedarfs an Gesetzes- oder Praxisänderungen beauftragt. Der dem Regierungsrat in der Folge vorgelegte Bericht enthält ein breitgefächertes Massnahmenpaket mit insgesamt 17 Einzelmassnahmen, die sowohl im Bereich der Verwaltung als auch der Strafverfolgungsbehörden umgesetzt werden.

Die Umsetzung der 2006 vom Volk beschlossenen Reform der Sekundarstufe I wurde weitergeführt. So hat der Regierungsrat entschieden, auf den Schuljahresbeginn 2011/2012 an allen Leistungszügen der Sekundarstufe I neue Lektionentafeln in Kraft zu setzen. Darin werden Berufsorientierung und Naturwissenschaften einen höheren Stellenwert erhalten. In der neuen zweijährigen Sek P (progymnasiale Anforderungen) wird das bis anhin obligatorische Latein neben dem Fach Wissenschaft und Technik als Wahlpflichtfach angeboten.

Im Weiteren wurden nach einem mehrjährigen Findungsprozess mit den betroffenen Regionen neun Sek-P-Standorte festgelegt. Sek-P-Klassen sollen zukünftig sowohl an grossen Sekundarschulzentren wie auch an den Kantonsschulen geführt werden.

Gestützt auf die Resultate der Vernehmlassung zum Bildungsraum Nordwestschweiz und unter Berücksichtigung der Abstimmungsresultate zum sogenannten Bildungskleeblatt im Kanton Aargau haben die Nordwestschweizer Bildungsdirektoren beschlossen, die Zusammenarbeit im Bereich derjenigen Inhalte weiterzuführen, die sich als mehrheitsfähig hervorhoben. Auf die Ausarbeitung eines Staatsvertrages wurde verzichtet. Hingegen schlossen die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eine Regierungsvereinbarung, worin insbesondere die Zusammenarbeit unter den Bildungsdepartementen geregelt wird.

Mit der vom Regierungsrat genehmigten Anpassung des kantonalen Richtplans «Windenergie/Gebiete für Windparks» werden fünf Gebiete für Windparks festgesetzt und zwei als Zwischenergebnis aufgenommen. Mit dieser Genehmigung wird ein wichtiger Meilenstein in der Realisierung von Windparks im Solthurner Jura festgesetzt und öffnet der Windenergie die Chance, im Kanton Solothurn einen Beitrag an die Produktion von umweltfreundlicher Energie zu leisten. Zur Zeit der Berichterstattung ist noch eine Beschwerde beim Kantonsrat hängig.

Nach einer Verkehrssperrung von zweieinhalb Monaten und einer Bauzeit von nur rund zehn Monaten konnte am 30. Oktober 2009 der Bahnhofplatz Solothurn dem Verkehr übergeben werden. Der neue Bahnhofplatz soll zu einem attraktiven Umsteigeort zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern werden und die städtebauliche Bedeutung des Hauptbahnhofs unterstreichen. Die Gesamtkosten für die Neugestaltung, die ein Teil der flankierenden Massnahmen zur A 5 bildet, belaufen sich auf rund 18 Mio. Fr., wovon der Kanton rund 8 Mio. Fr. zu tragen hat.

Das positive Vernehmlassungsergebnis zum Strategiepapier zur solothurnischen Museums politik führte in der Folge zur Gründung eines kantonalen Museumsverbundes. Gleichzeitig wurden die Arbeiten für die Schaffung eines dezentralen Kulturhistorischen Museums des Kantons Solothurn an die Hand genommen, wobei die Kooperation mit bestehenden historischen Museen geprüft wird.



In Klus-Balsthal konnte nach 15-monatiger Bauzeit das neue Zivilschutz-Kompetenzzentrum der Öffentlichkeit vorgestellt werden, das im Rahmen des Verbundsystems Bevölkerungsschutz den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Werke und dem Zivilschutz zur Ausbildung dienen soll.

Zwischen dem Kanton Solothurn einerseits und den Städten Grenchen, Olten und Solothurn wurde eine engere Zusammenarbeit der Polizeikörpers vereinbart. Das neue Zusammenarbeitsmodell ist das Ergebnis von Diskussionen über die zukünftige Kantonale Sicherheitsstruktur. Mit dem neuen Modell wird bezweckt, durch eine verstärkte polizeiliche Präsenz im öffentlichen Raum sowie durch eine verbindliche und klare Aufgabenverteilung die subjektive und objektive Sicherheit der Kantonsbevölkerung zu erhöhen. Nach zwei Jahren werden Kanton und Städte Bilanz über die Zielerreichung ziehen.

3. Anlässe / Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidenten von Deitingen, Halten, Kriegstetten, Obergerlafingen, Oekingen, Rechterswil, Subingen, Aetigkofen, Bibern, Biezwil, Gossliwil, Hessigkofen, Lütterswil-Gächliwil, Mühledorf, Schnottwil, Tschoppach, Biberist, Derendingen, Gerlafingen, Lohn-Ammannsegg, Luterbach und Zuchwil.

Weitere Aussprachen fanden mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG), dem Verband Solothurner Bürgergemeinden und Waldeigentümer (BWSO) sowie dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing die Kantonsratspräsidentin, die ehemaligen Kantonsratspräsidenten, die ehemaligen Regierungsrätinnen und Regierungsräte sowie den ehemaligen Staatsschreiber, die EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien, die Regierung des Kantons Thurgau sowie die für den Kanton Zuständigen der Schweizerischen Post. Er traf sich mit den Spitzen verschiedenster solothurnischer Firmen und nahm an besonderen Anlässen und Jubiläen teil.

Der Kanton Solothurn, vertreten durch Landammann Klaus Fischer und Staatschreiber-Stellvertreterin Yolanda Studer, nahm als Gastkanton an der von mehreren Hundert Auslandsschweizern besuchten 1. August-Feier der UASF (Union des Associations Suisses de France) im Pavillon Suisse der Cité universitaire in Paris teil.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren und der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO).

2009 wurden 27 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidg. Parlamentarier und der Wirtschaft statt.

Der Regierungsrat vergab Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise sowie den Sozialpreis.

Ebenso nahm er an der Kantonsratspräsidentenfeier sowie an der Trauerfeier von Ständerat Ernst Leuenberger teil.

Der Regierungsrat besuchte die Regierung des Kantons Aargau sowie Bundesrat Pascal Couchepin.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich viermal getroffen und es fanden 9 Arbeitsausschuss-Sitzungen statt.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

4. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2008	2009
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	40	43
Anzahl Medienmitteilungen	350	352
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine		
Tagungen und Seminare	39	41
Anzahl akkreditierte Medien	66	70

Im Tagesdurchschnitt wurden 2009 rund zehn bis zwölf Medienauskünfte erteilt und Medienschaffende mit den richtigen Stellen in Kontakt gebracht.

Die Vermittlung von Interviews und deren Begleitung blieb im Vergleich mit den Vorjahren praktisch unverändert.

Die Sicherstellung der Medienlogistik für die Kantons- und Regierungsratswahlen sowie die Ersatzwahl in den Ständerat war mit grösserem Aufwand verbunden.

Im Bereich der internen Ausbildung (Personalamt, ZS, KFS) war der Medienbeauftragte wiederum zehn Tage als Medientrainer im Einsatz.

Vereinzelt war er auch als Referent zum Thema «politische Kommunikation» tätig (Serviceclubs, usw.).

Beratend stand er Schulleitungen und Gemeindeverwaltungen zu Fragen betreffend «Umgang mit Medien» zur Verfügung (bilateral oder als Referent vor Gemeinderäten).

Das Präsidium der Schweizerischen Informationskonferenz öffentlicher Verwaltungen (SIKOV) beanspruchte rund sieben Arbeitstage (Vorstandssitzungen, Seminarien, Generalversammlung). Der Medienbeauftragte wurde im Herbst 2009 für weitere vier Jahre als Präsident im Amt bestätigt.

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite.



5. Nordwestschweizer Regierungskonferenz

Die bis Ende der Amtsperiode 2007/2009 durch Regierungspräsident Dr. Guy Morin, Kanton Basel-Stadt und ab Juli 2009 durch Regierungsrätin Sabine Pegoraro, Kanton Basel-Landschaft präsierte Konferenz (NWRK) trat zu vier Arbeitsausschuss-Sitzungen und einer Plenarversammlung zusammen, die am 12. Juni 2009 in Basel stattfand.

Wie im vergangenen Berichtsjahr standen auch 2009 schwergewichtig Fragen der Verkehrsinfrastruktur im Zentrum, namentlich wurden Strategien und Massnahmen hinsichtlich der Bahn 2030 diskutiert.

Weiter wurde im Zusammenhang mit der Einrichtung eines gemeinsamen Sekretariates auch über die Weiterentwicklung der Konferenzarbeit beraten. So sollen vermehrt gemeinsame Vernehmlassungsantworten auf Bundesebene erarbeitet werden. Vertiefen will man zukünftig auch die Kontakte zu den regionalen Fachdirektorenkonferenzen. Schliesslich will sich die NWRK zukünftig vermehrt auf zentrale Themen fokussieren. Im Jahre 2009 konnte auch die Internetplattform der Konferenz in Betrieb genommen werden (www.nwrk.ch).

Die regelmässig stattfindenden Treffen im Rahmen der Sessionen der Eidgenössischen Räte zwischen Mitgliedern der Nordwestschweizer Kantone und den Ständeräten wurden weitergeführt.

6. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Vertreter des Kantons Solothurn in der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, der sämtliche Kantone angehören, ist der Vorsteher des Finanzdepartementes. Seit 1998 präsidiert er die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung, hielt im Jahr 2009 eine Sitzung ab, an welcher unter anderem die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 6. Januar 2010 vorbereitet wurde.

Die Tätigkeit der ch Stiftung ist auf klar abgrenzbare, praktische Projekte konzentriert, die sich generell in drei Sparten einordnen lassen: Kulturaustausch über die Sprachgrenzen, Dienstleistungen für die Kantonsregierungen sowie konzeptuelle und praktische Arbeiten im Zusammenhang mit Föderalismusfragen. So ist die ch Stiftung Trägerorganisation des Hauses der Kantone, welches im September 2009 von 14 interkantonalen Konferenzen und Organisationen bezogen wurde. Im Sommer 2010 wird die 15. interkantonale Organisation/Konferenz (die Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz) ebenfalls mit ihrem Sekretariat in das Haus der Kantone einziehen.

Die ch Stiftung führt zudem das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Diese bezweckt, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicherzustellen. Aktiv ist die KdK v.a. in der Willensbildung und Entscheidvorbereitung im Bund sowie in der Aussen- und Integrationspolitik.

Kulturpolitische Schwerpunkte der Tätigkeit der ch Stiftung bilden der Jugend- und Lehrpersonenaustausch sowie die dem Literatúraustausch gewidmete ch Reihe. Im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Bundes fördert und koordiniert die ch Stiftung den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen sowie Lernenden im Rahmen der offiziellen Fach- und Koordinationsstelle «ch Jugendaustausch». Hinzu kommt das im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) betreute Projekt «Offene Stellen», in welchem stellenlosen Lehr- und Studienabgängern sowie jungen Lehrpersonen eine Praktikumsstelle in einem anderssprachigen Landesteil vermittelt wird. Ab 2011 wird die ch Stiftung im Auftrag des Bundes die nationale Agentur zur Umsetzung der EU-Bildungs- und Jugendprogramme führen, nachdem die ch Stiftung Ende Oktober 2007 eine entsprechende WTO-Ausschreibung des Staatssekretariats für Bildung und Forschung (SBF) gewonnen hat. Der Standort dieser neu aufzubauenden Agentur mit etwa 30 neuen Arbeitsplätzen wird Solothurn sein. Diese Agentur wird die Schweizer Teilnahme an den Programmen der Europäischen Union in den Bereichen Bildung, Berufsbildung und Jugend («Lebenslanges Lernen» – u.a. Leonardo und Erasmus – und «Jugend in Aktion») betreuen. Dem Literatúraustausch in der Schweiz dient die «ch Reihe», ein Förderprogramm für Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die andere Landessprache. In diesem Zusammenhang fand anfangs März die 3. Literaturveranstaltung «4+1 übersetzen traduire tradurre translatar» 2010 in Chur statt.



Im Sinne einer Dienstleistung zugunsten der Kantonsregierungen führt die ch Stiftung alljährlich im Januar – im Jahr 2010 zum 22. Mal – die ch Regierungs-Seminare durch. Diese ermöglichen den Regierungsrätinnen und Regierungsräten aus der ganzen Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, aktuelle Themen fundiert zu erörtern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten war das Mandat von 25 Kantonsregierungen, im Bereich der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und der nationalen Kohäsion eine umfassende Koordination wahrzunehmen und die kantonalen Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. In diesem Zusammenhang hat die ch Stiftung namentlich die Gesetzgebungsarbeiten zu einem Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG) begleitet, das per 1. Januar 2010 in Kraft gesetzt worden ist. Die ch Stiftung wird ab 2010 im Rahmen der Umsetzung des SpG im Auftrag des Bundesamts für Kultur zusätzliche Aufgaben zur Förderung des binnenstaatlichen Austausches von Lehrenden und Lernenden übernehmen. Zudem hat die ch Stiftung ein «Manifest für die gelebte Sprachenvielfalt in der Schweiz» lanciert. Ziel des Manifests ist, die Vorteile der Sprachenvielfalt in der Schweiz bewusst zu machen und die Mehrsprachigkeit in unserem Land aktiv zu fördern. Im Bemühen, den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu erneuern, legte die ch Stiftung für das Berichtsjahr 2009 den fünften Monitoring-Bericht «Föderalismus» vor.

7. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur

Die Kerngruppe Sowieso! führte mit zwei Mittagsveranstaltungen im Rahmen der Sowieso!-Club-Reihe die bisherige Tätigkeit fort. Im weiteren wurden die Überlegungen zur Zukunft der Gruppe und deren Aktivitäten weiterentwickelt. Mitte August wurden im Rahmen eines Grossanlasses die Kaderangehörigen durch die Gesamtregierungsrat über das Legislaturprogramm 2009–2013 orientiert.

Intensiv setzte sich die Gruppe mit den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragung auseinander, die Ende 2008 bei sämtlichen Staatsangestellten des Kantons durchgeführt wurde. Insgesamt beteiligten sich 3'653 Angestellte an der Erhebung, was einem Rücklauf von 50 % entspricht. Von Interesse waren vorallem die Veränderungen zur Befragung vor vier Jahren. Dabei zeigten die Untersuchungsergebnisse, dass 65 % (gegenüber 57 % anno 2005) der Angestellten sich selbst als gesamthaft sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ihrer Arbeitssituation einschätzten. Insgesamt hat sich bezüglich der Einschätzung der einzelnen Themengebiete seit dem Jahr 2005 nur wenig geändert, tendenziell überwiegen die positiven Veränderungen. Veränderungen, positive oder auch negative, wurden in den verschiedenen Organisationsbereichen teils sehr unterschiedlich wahrgenommen. Die Befragung zeigte auch, dass die Angestellten des Kantons nur wenig über die nach der Ersterhebung 2005 ergriffenen Verbesserungsmaßnahmen orientiert sind, weshalb die Massnahmen aus der Befragung 2008 besser kommuniziert und unter engerem Einbezug der Mitarbeitenden umgesetzt werden sollen. Die Sowieso!-Kerngruppe wird im Rahmen des Massnahmenplanes in ihrem Tätigkeitsgebiet das Thema Unternehmenskultur bearbeiten, das in der Befragung teilweise kritisch beurteilt wurde.

8. Förderung der innerkantonalen und internationalen Beziehungen

Aus den Mitteln der «Solothurner Stiftung 1981/1991» konnten wiederum Beiträge an inner- und interkantonale Begegnungsaktionen gewährt werden.

Die Stiftung weist per 31. Dezember 2009 einen Saldo von Fr. 9643 auf.

9. Tätigkeitsbericht des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

Der Tätigkeitsbericht des Beauftragten für Information und Datenschutz wird dem Kantonsrat zur Kenntnis gebracht (§ 32 Abs.1 lit. f des Informations- und Datenschutzgesetzes).

10. Politische Rechte

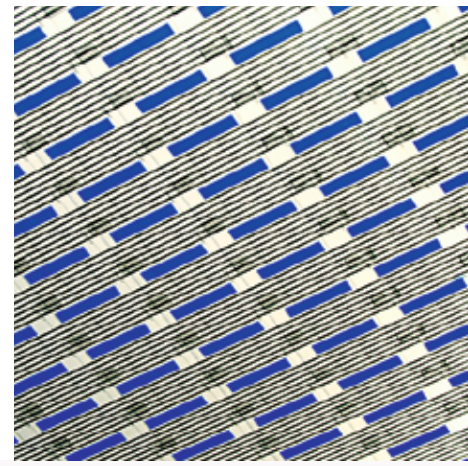
10.1 Volkswahlen

Sonntag, 8. März 2009 (4 Wochen nach eidg. Abstimmung)

- Kantons- und Regierungsratswahlen
- Stadtratswahlen in Olten

Sonntag, 19. April 2009 (6 Wochen nach 1. Wahlgang)

- Wahl des Gemeindeparlamentes Olten
- zweiter Wahlgang Stadtratswahlen Olten



Sonntag, 17. Mai 2009 (eidg. Abstimmungstermin)

- Amteibeamtenwahlen
- Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden: Gemeinderatswahlen

Sonntag, 28. Juni 2009

- Einwohner-, Bürger-, Kirchgemeinden, Zweckverbände und Kreise: Beamtenwahlen
- Wahl des Stadtpräsidiums und des Vizepräsidiums in Olten

Sonntag, 27. September 2009 (eidg. Abstimmungstermin)

- Einwohner-, Bürger-, Kirchgemeinden, Zweckverbände und Kreise: Kommissionswahlen
- zweite Wahlgänge kommunale Beamtenwahlen

10.2 Volksinitiativen

Am 25. März 2009 wurde die Volksinitiative «für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien» eingereicht.

Am 17. April 2009 wurde die Volksinitiative «Nennung von Nationalitäten in Meldungen der Polizei und Justizbehörden» eingereicht.

Am 15. Juli 2009 wurde die Volksinitiative «für ein liberales Gesundheitsgesetz und ein vernünftiges Rauchverbot» eingereicht.

Am 14. August 2009 wurde die Gemeindeinitiative «Sach- und Finanzverantwortung in Übereinstimmung bringen» eingereicht.

10.3 Standesinitiativen

Am 6. Mai 2009 hat der Kantonsrat die folgende Standesinitiative beschlossen:
Wahrung der Steuerhoheit (SGB 022/2009)

Am 16. Dezember 2009 hat der Kantonsrat die folgende Standesinitiative beschlossen:

Massnahmen gegen die Raserei (SGB 181/2009)

1. Anpassung Strafraumen von Art. 117 StGB
2. Gesetzliche Grundlage für die Meldung von Sicherungszügen an die Polizei

10.4 Referenden

Referendum der SVP vom 29. Mai 2009 i.S. Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer durch Einführung eines Bonus-Malus-Systems für Personenwagen: Verordnung über die Erhebung der Steuern für Motorfahrzeuge (KRB Nr. RG 005a/2009 vom 4. März 2009) (in der Volksabstimmung vom 27. September 2009 wurde die Vorlage abgelehnt)

10.5 Volksaufträge

10. Februar 2009 VA «für eine auftragsgerechte Finanzierung der Behindertentransportdienste»

25. März 2009 VA «für wirklich demokratische Einbürgerungen»

10.6 Petitionen

21. März 2009 Petition Reform 91: Strafanstalt Schöngrün (an den Kantonsrat)

30. Mai 2009 Petition zum Schutz des Museums Altes Zeughaus

Juli 2009 Briefaktion zur Rettung der Sesselbahn Weissenstein
ca. 1520 online-Briefe

15. Sept. 2009 Petition gegen das Anbringen einer Barriere an der Balmberg Nordseite während der Wintermonate

10.7 Volksabstimmungen

Eidgenössische Abstimmungen

2009	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
8. Februar	Personenfreizügigkeit Schweiz-EU: Weiterführung des Abkommens und Ausdehnung auf Bulgarien und Rumänien	50,4	49'268	35'941
17. Mai	Verfassungsartikel «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)	42,3	47'118	24'266
	Einführungs von elektronisch gespeicherten biometrischen Daten im Schweizer Pass und in Reisedokumenten für ausländische Personen (Änderung des Ausweis- und Ausländergesetzes)	42,3	36'789	34'105
27. September	Bundesbeschluss vom 13. Juni 2008 über eine befristete Zusatzfinanzierung der Invalidenversicherung durch Anhebung der Mehrwertsteuersätze	41,5	32'548	37'891
	Bundesbeschluss vom 19. Dezember 2008 über den Verzicht auf die Einführung der allgemeinen Volksinitiative	41,2	40'688	27'379
29. November	Bundesbeschluss vom 3. Oktober 2008 zur Schaffung einer Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr	55,0	54'822	35'189
	Volksinitiative vom 21. September 2007 «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» (Bundesbeschluss vom 12. Juni 2009)	55,7	24'610	69'294
	Volksinitiative vom 8. Juli 2008 «Gegen den Bau von Minaretten» (Bundesbeschluss vom 12. Juni 2009)	56,2	60'844	34'293



Kantonale Abstimmungen

2009	Titel	Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
17. Mai	Änderung des Sozialgesetzes: Ergänzungsleistungen für Familien	41,2	39'718	29'504
27. September	Justizvollzugsanstalt (JVA) Kanton Solothurn in Flumenthal/Deitingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites (KRB 007/2009)	40,9	45'051	23'345
	Verordnung über die Erhebung der Steuern für Motorfahrzeuge (Referendum gegen die Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer; KRB 005a/2009)	41,0	22'685	46'480
29. November	Volksinitiative «Willkommen im Kanton Solothurn – Ja, zur steuerfreien Handänderung von selbstgenutztem Wohneigentum!»	52,8	55'872	32'643

10.8 Kantonale Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 5 Vernehmlassungsverfahren eröffnet (im Vorjahr 8).

Titel	Departement/Amt
Anpassungen bei den Spezialverwaltungsgerichten	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst Justiz
Totalrevision der Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über die Stromversorgung (StromVG)	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Wirtschaft und Arbeit
Teilrevision des Gesetzes über die Staats- und Gemeindesteuern	Finanzdepartement Kantonales Steueramt
Einführungsgesetzgebung zur Schweizerischen Zivilprozessordnung	Bau- und Justizdepartement Rechtsdienst Justiz



Finanzieller Überblick



1.

Das Rechnungsergebnis in Kürze

Erfolgsrechnung (in Mio. Fr.)	RE 08	VA 09	RE 09
Ertrag (ohne a.o. Erträge)	1'836,2	1'817,2	1'882,4
Aufwand (ohne Abschreibungen und a.o. Aufwände)	-1'640,8	-1'675,0	-1'662,9
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow)	195,4	142,2	219,6
Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	-29,7	-36,5	-36,0
Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	-43,3	-44,9	-40,9
Operatives Ergebnis	+122,4	+60,8	+142,7
+ a.o. Ertrag (Gewinn aus Neustrukturierung der Alpiq AG)			+49,2
Gesamtergebnis	+122,4	+60,8	+191,9

Investitionsrechnung (in Mio. Fr.)			
Ausgaben	218,7	193,0	166,6
Rückstellungen für Verpflichtungen (GB-Reserven)	-10,4	0	+0,5
Einnahmen	-105,0	-65,7	-57,1
Nettoinvestitionen	103,3	127,3	109,9

Finanzierung (in Mio. Fr.)			
Bruttoertragsüberschuss (Cash Flow ohne a.o. Aufwände / Erträge)	195,4	142,2	219,6
– Nettoinvestitionen	-103,3	-127,3	-109,9
Operatives Finanzierungsergebnis	+92,1	+14,9	+109,6
Effektives Finanzierungsergebnis	+92,1	+14,9	+158,8
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	189%	112%	200%
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	189%	112%	244%

Das operative Ergebnis der Erfolgsrechnung ist um 81,9 Mio. Fr. besser ausgefallen als budgetiert. Mit einem operativen Ertragsüberschuss von 142,7 Mio. Fr. kann ein weiteres sehr gutes Jahr abgeschlossen werden.

Mit dem ausserordentlichen Ertrag aus der Restrukturierung der Alpiq-Gruppe von 49,2 Mio. Fr. und 17,4 Mio. Fr. tieferen Nettoinvestitionen führte dies zu einem effektiven Finanzierungsüberschuss von 158,8 Mio. Fr. Damit kann die Nettoverschuldung weiter abgebaut werden. Der operative Selbstfinanzierungsgrad fällt mit 200 % ebenfalls wesentlich besser aus als budgetiert (112 %).

Im Zuge der Neustrukturierung der Alpiq AG (Industrielle Zusammenführung der EOS-H und Atel Holding AG sowie EDFAI-Schweiz) musste der Kanton Solothurn als Mitglied des KSM (Konsortium Schweizer Minderheiten) entsprechend seinem Anteil am Unterkonsortium KSM Aktien in der Höhe von 60 Mio. Fr. verkaufen. Mit diesem Aktienverkauf durch das KSM wurde die erforderliche Parität mit der Beteiligung der EOS-H bzw. die vereinbarte Zielstruktur erreicht (Aktienausgleichsvertrag zwischen EDFAI, EOS und KSM, sog. Rebalancing). Der realisierte Gewinn von 49,2 Mio. Fr. wird als ausserordentlicher Gewinn der Rechnung 2009 gutgeschrieben.



1.1 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag und Rechnung 2009

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr. zwischen dem Voranschlag und der Rechnung 2009 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.1.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
1) Steuerertrag	34,9
2) Bundesanteile	7,1
3) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	4,1
4) GB «Amtschreiberei-Dienstleistungen»	3,2
	49,3

Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	in Mio. Fr.
5) Spitalbehandlungen gemäss KVG	7,5
6) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	5,4
7) Taggelder Straf-/Massnahmenvollzug	5,1
8) Volksschulen	3,2
9) GB «Strassenbau»	3,1
10) GB «Berufsschulbildung»	2,8
11) Projekte Nordwestschweizer Erziehungsdirektoren Konferenz	2,6
12) GB «Hochbau»	2,4
13) GB «Jugendanwaltschaft»	2,1
	34,2
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 13 Positionen:	83,5

Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
14) Soziale Dienste	2,4
15) GB «Wirtschaft und Arbeit»	2,0
	4,4
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 2 Positionen:	4,4

Die oben aufgeführten 15 Positionen (+79,1 Mio. Fr.) vermögen die Verbesserung des operativen Ergebnisses von 81,9 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu 97 % zu erklären.



1.1.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Spitalbauten	5,7
2) Kantonsstrassenbau	4,1
3) Umwelt	3,2
4) Polizei	2,3
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 4 Positionen	15,3

Die oben aufgeführten 4 Positionen (-15,3 Mio. Fr.) vermögen die Reduktion der Nettoinvestitionen von 17,4 Mio. Fr. gegenüber dem Voranschlag zu 88 % zu erklären.

1.2 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2008 und Rechnung 2009

Die grössten Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr. zwischen der Rechnung 2008 und der Rechnung 2009 (ohne durchlaufende Beiträge, Spezialfinanzierungen und Nachtragskredite) sind in der nachfolgenden Zusammenstellung ersichtlich:

1.2.1 Erfolgsrechnung

Mehrertrag (Ergebnisverbesserung)	in Mio. Fr.
1) Steuerertrag	39,3
2) Vermögenserträge	8,3
3) Erlös aus veräussertem Grundeigentum	3,7
	51,3
Minderaufwand (Ergebnisverbesserung):	
4) Rückstellung Deckungslücke PK FHNW	48,4
5) Soziale Dienste	21,0
6) Zinsdienst	6,9
7) Spitalbehandlungen gemäss KVG	4,9
8) GB «Fachhochschulbildung»	3,1
	84,3
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 8 Positionen	135,6
Minderertrag (Ergebnisverschlechterung)	in Mio. Fr.
9) Bundesanteile	12,9
	12,9



Mehraufwand (Ergebnisverschlechterung):	in Mio. Fr.
10) Ergänzungsleistungen AHV/IV	28,0
11) Betriebskosten-/Defizitbeiträge an Sonderschulheime	13,0
12) Betriebsbeiträge an Spitäler	10,8
13) Sozialleistungen	9,8
14) Abschreibungen Verwaltungsvermögen	6,3
15) GB «Polizei»	3,9
16) GB «Mittelschulbildung»	3,8
17) GB «Hochbau»	2,4
18) GB «Energiefachstelle»	2,3
	80,3
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 10 Positionen	93,2

Die oben aufgeführten 18 Positionen (+42,4 Mio. Fr.) erklären die Verbesserung des operativen Ergebnisses von 20,3 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2008. Weitere 14 Positionen mit Abweichungen zwischen 0,8 und 1,9 Mio. Fr. machen zusätzlich noch rund 19 Mio. Fr. aus.

- 5) Die Subjektfinanzierung von Menschen mit Behinderung wird über die Ergänzungsleistungen abgewickelt. Im 2009 sind für diese Aufgabe 24 Mio. Fr. weniger unter Punkt 5, und 24 Mio. Fr. mehr unter Punkt 10 gebucht worden.
- 10) Die Subjektfinanzierung von Menschen mit Behinderung, siehe die Entlastung unter Punkt 5, erklärt 24 Mio. Fr. des Mehraufwandes. Der weitere Mehraufwand resultiert aus der Zunahme der Bezüger von EL zur AHV sowie der automatischen Rentenanpassung an den gestiegenen Lebensbedarf.

1.2.2 Investitionsrechnung

Tiefere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
1) Polizei	6,7
2) Spitalbauten	4,9
Total ergebnisverbessernde Abweichungen der 2 Positionen	11,6

Höhere Nettoinvestitionen:	in Mio. Fr.
3) Allgemeine und Bildungsbauten	9,1
4) Rückstellung für nicht beanspruchte GB-Kredite IR	7,8
5) Öffentlicher Verkehr	2,5
Total ergebnisverschlechternde Abweichungen der 3 Positionen	19,4

Die oben aufgeführten 5 Positionen (+7,8 Mio. Fr.) erklären die Erhöhung der Nettoinvestitionen von 6,6 Mio. Fr. gegenüber der Rechnung 2008.



1.3 Finanzkennzahlen 2005 – 2009

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2005 bis 2009.

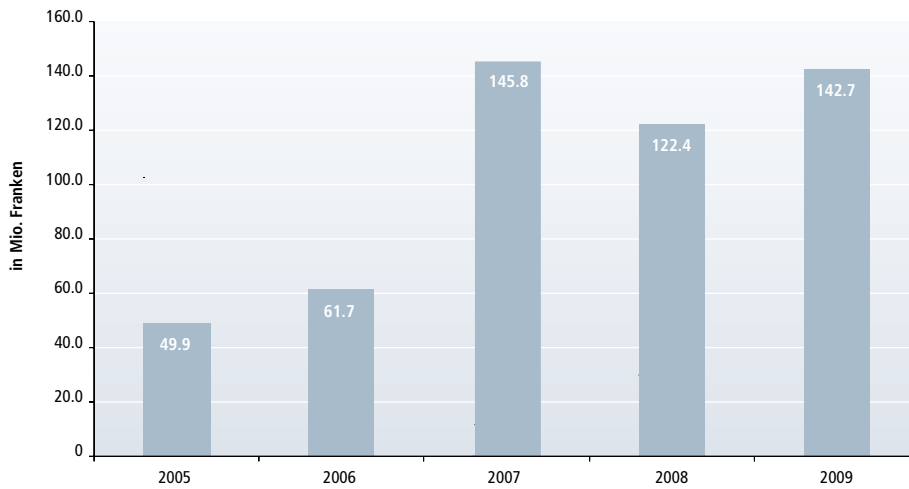
Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2005	2006	2007	2008	2009
Cash Flow	126,8	138,0	244,9	195,4	219,6
- Abschreibungen	-76,9	-76,3	-99,1	-73,0	-76,8
Operatives Ergebnis ER	+49,9	+61,7	+145,8	+122,4	+142,7
+ Bilanzbereinigung					
+ a.o. Erträge/Aufwände	+513,1		-69,1		+49,2
Gesamtergebnis	+563,0	+61,7	+76,7	+122,4	+191,9
Nettoinvestitionen	75,5	91,7	110,0	103,3	109,9
Operatives Finanzierungsergebnis	+51,3	+46,3	+134,9	+92,1	+109,6
Effektives Finanzierungsergebnis	+549,1	+46,3	+134,9	+92,1	+158,8
Operativer Selbstfinanzierungsgrad	168 %	150 %	223 %	189 %	200 %
Effektiver Selbstfinanzierungsgrad	827 %	150 %	223 %	189 %	244 %
Gesamtabschreibungssatz	24,6 %	22,1 %	43,0 % *	21,5 %	20,5 %
Nettoverschuldung	446,8	400,5	265,5	173,3	14,6
Dito, in Fr. pro Einwohner	1'780	1'590	1'050	680	60
Nettozinsaufwand total	27,7	17,9	10,4	12,0	-4,5
Dito, in % der Staatssteuern	3,9 %	2,5 %	1,3 %	1,6 %	-0,6 %
Eigenkapital	20,0	81,7	158,4	280,9	472,8
EinwohnerInnen per Ende Jahr	250'614	251'617	253'023	254'414	255'592

* inkl. a.o. Abschreibungen (sonst 25,3 %)

Der operative Cash Flow (ohne a.o. Erträge) liegt mit 219,6 Mio. Fr. um 24,2 Mio. Fr. über dem entsprechenden Wert des Vorjahres (2008: 195,4 Mio. Fr.).

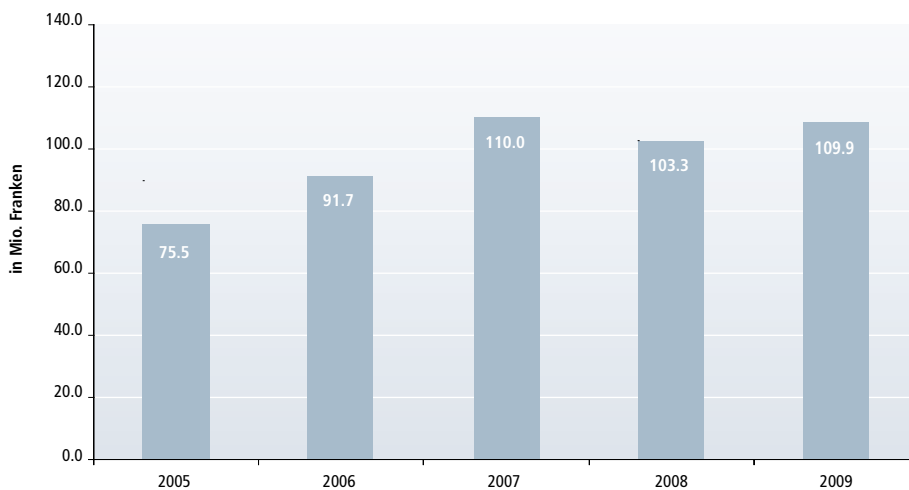


Operatives Ergebnis (Ertragsüberschuss) in Mio. Fr.



Seit 2003 schlossen die Rechnungen stets mit einem operativen Ertragsüberschuss ab. Diese Tendenz setzt sich 2009 erfreulicherweise fort.

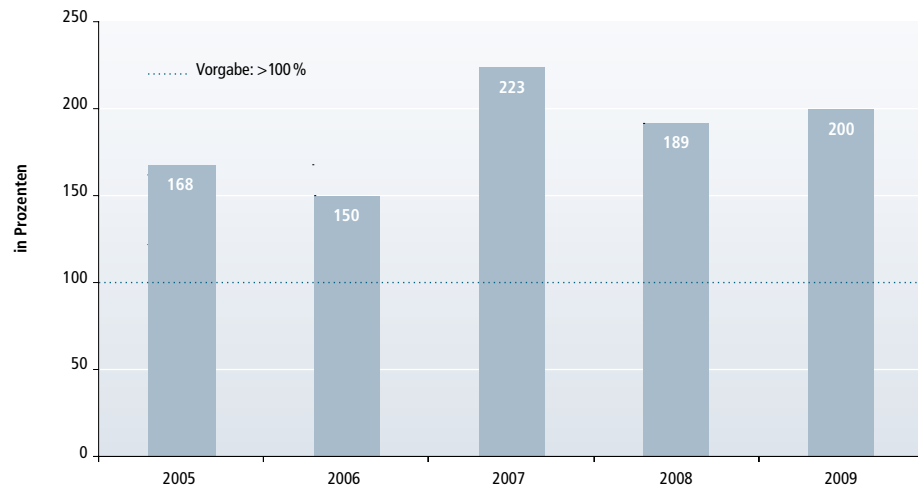
Nettoinvestitionen in Mio. Fr.



Mit Nettoinvestitionen von 109,9 Mio. Fr. liegt das Investitionsniveau 2009 leicht über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Die Höhe der ausgabenwirksamen Nettoinvestitionen beträgt 2009 effektiv 109,4 Mio. Fr. (109,9 Mio. Fr. minus Bildung GB-Reserven von 0,5 Mio. Fr.).

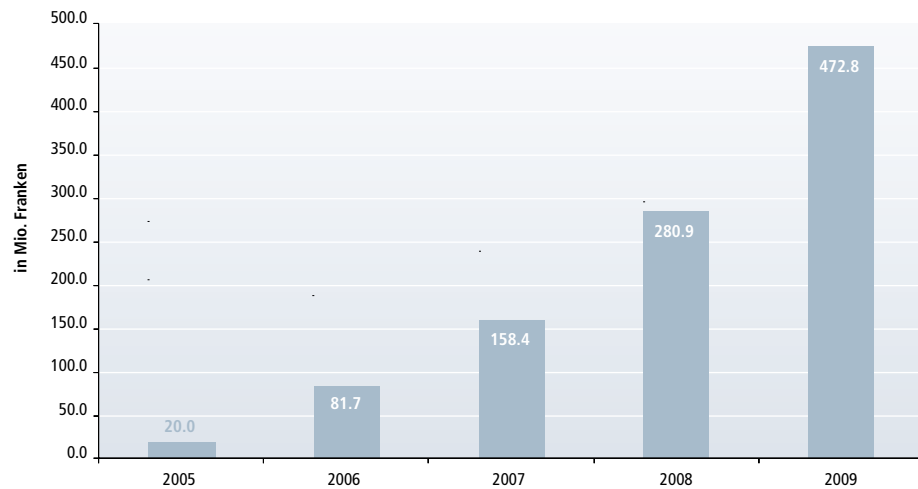


Operativer Selbstfinanzierungsgrad in %



Aufgrund des hohen operativen Cash Flows und der kontrollierten Investitionstätigkeit ergibt sich ein operativer Selbstfinanzierungsgrad von rund 200 %. Im Vorjahr betrug er sehr gute 189 % bei Nettoinvestitionen von 103,3 Mio. Fr. Die Vorgabe der Finanzkommission bezüglich eines Selbstfinanzierungsgrades von mindestens 100 % konnte somit weit übertroffen werden.

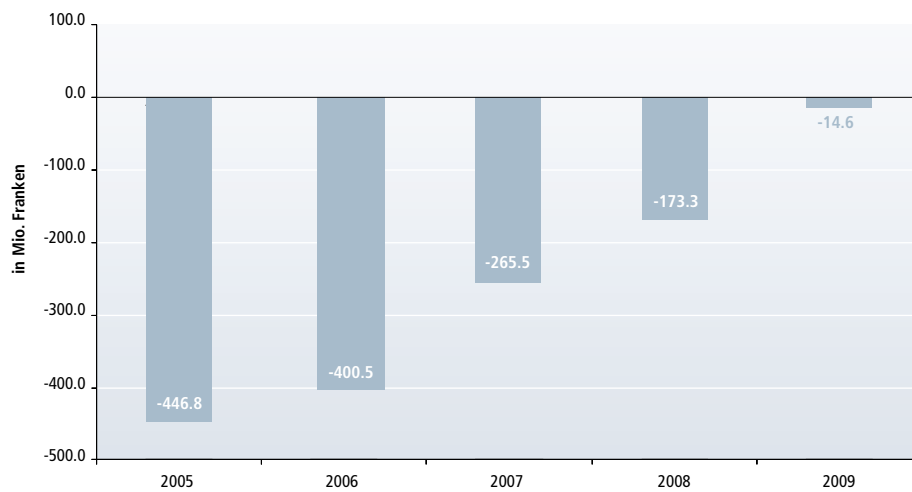
Eigenkapital in Mio. Fr.





Das Eigenkapital, welches erstmals 2005 entstanden ist, konnte mit dem Rechnungsabschluss 2009 weiter erhöht werden. Per 31. Dezember 2009 weist die Staatsbilanz ein Eigenkapital von 472,8 Mio. Fr. aus.

Nettoverschuldung in Mio. Fr.



Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 244 % (Finanzierungsüberschuss von 158,8 Mio. Fr.) kann im Berichtsjahr 2009 die Nettoverschuldung von 173,3 auf 14,6 Mio. Fr. gesenkt werden. Die Nettoverschuldung pro Einwohner beläuft sich per Ende 2009 noch auf 60 Fr. (Vorjahr: 680 Fr.).



1.4 Ergebnis nach Behörden und Departementen

1.4.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	5,8	5,5	5,5	0
Ertrag	-0,9	-0,5	-0,6	-0,1
Verrechnungen	-1,6	-1,4	-1,4	0
Saldo	3,3	3,6	3,5	-0,1

Die leichte Saldoverbesserung gegenüber dem Voranschlag 2009 ergibt sich aufgrund höherer Einnahmen aus VR-Mandaten des Regierungsrates. Die gegenüber der Rechnung 2008 tieferen Werte für Aufwand, Ertrag und interne Verrechnungen sind auf den Einbezug der Projektkosten Sechseläuten im 2008 zurückzuführen.

Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	11,1	11,2	11,5	0,3
Ertrag	-3,1	-2,9	-3,0	-0,1
Verrechnungen	-6,1	-5,9	-5,8	0,1
Saldo	1,9	2,4	2,7	0,3

Der gegenüber dem Voranschlag 2009 um 0,3 Mio. Fr. höhere Nettoaufwand ist auf eine Saldoüberschreitung im Globalbudget «Drucksachen und Lehrmittel» aufgrund einmaliger Vorinvestitionen in neue Lehrmittel sowie höherer Drucksachenkosten Wahlen/Abstimmungen 2009 zurückzuführen.

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	201,7	219,7	207,2	-12,5
Ertrag	-100,4	-107,7	-102,3	5,4
Verrechnungen	-83,2	-81,6	-83,1	-1,50
Saldo	18,1	30,4	21,8	-8,6

Auf der Aufwandseite stehen Minderaufwände bei den Abschreibungen (4,2 Mio. Fr.), den Besoldungskosten aufgrund vakanter Stellen im Amt für Verkehr und Tiefbau (2,1 Mio. Fr.), Beiträge an Gemeinden für Ortsplanungsrevisionen und Schülertransporte (1,9 Mio. Fr.), Dienstleistungen und Honorare im Bereich Umwelt (1,6 Mio. Fr.), Mieten und Nebenkosten (2,0 Mio. Fr.) Mehraufwände beim Strassenunterhalt (Werkhöfe) von 1,1 Mio. Fr. gegenüber.



Der im Vergleich zum Voranschlag tiefer ausgefallene Ertrag ist geprägt durch die geringer als ursprünglich ausgefallenen Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbaufonds) in der Höhe von 10,7 Mio. Fr. Höhere Einnahmen als budgetiert resultieren aus dem Buchgewinn aus veräussertem Finanzvermögen (Sphinxmatte, 2,1 Mio. Fr.), höhere Bundesbeiträge im Bereich Natur- und Heimatschutzmassnahmen (1,0 Mio. Fr.) und der Wertsteigerung des Anlageportefeuilles des DeponienachSORgefonds (1,0 Mio. Fr.).

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	447,6	437,0	425,3	-11,7
Ertrag	-43,6	-41,1	-44,7	-3,6
Verrechnungen	26,1	24,5	24,9	0,4
Saldo	430,1	420,4	405,5	-14,9

Das Ergebnis ist hauptsächlich auf die Budgetunterschreitung von 12,4 Mio. Fr. im Amt für Volksschule und Kindergarten (Beiträge an Gemeinden im Bereich Volksschule, Aufwand im Bereich Sonderschulung, Aufwand für Projekte und Budgetunterschreitung Globalbudget) zurückzuführen.

Bei den «Schulgeldern» wurde der Kredit netto um 1,7 Mio. Fr. überschritten. Dies ist hauptsächlich die Folge des Bundesgesetzes über die Berufsbildung, wonach an Weiterbildungen der höheren Berufsbildung Beiträge geleistet werden müssen. Entsprechend hat auch die Anzahl der Berechtigten zugenommen.

Der Mehrertrag ist hauptsächlich durch höhere Erträge bei den Berufsbildungszentren von 2,1 Mio. Fr. (1,1 Mio. Fr. höhere Bundesbeiträge als Folge des neuen Subventionsmodus, 0,6 Mio. Fr. Mehrertrag Schulgelder Weiterbildungen der höheren Berufsbildung) und den Mittelschulen von 0,7 Mio. Fr. (0,3 Mio. Fr. höhere Beiträge von Gemeinden an progymnasialen Unterricht, 0,2 Mio. Fr. höhere Schulgelder von Ausserkantonalen) zu erklären.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09*	Diff. 09
Aufwand	153,1	157,4	163,8	6,4
Ertrag	-1'260,4	-1'245,7	-1'297,8	-52,1
Verrechnungen	-3,0	0,4	1,0	0,6
Saldo	-1'110,3	-1'087,9	-1'133,0	-45,1

* ohne a.o. Ertrag von 49.2 Mio. Fr.

Die Verbesserung gegenüber dem Budget von 45,1 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf die Mehrerträge bei den Steuern (+38 Mio. Fr.) und den Bundesanteilen (+9 Mio. Fr.) zurückzuführen.

Im Vergleich zur Rechnung 2008 waren vor allem bei den Steuern Mehreinnahmen zu verzeichnen. Gute Lohnabschlüsse 2008, stabiles Steuersubstrat, zeitliche verzögerte Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich positiv auf den Steuerertrag ausgewirkt. Auf der Aufwandseite führten hauptsächlich höhere ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen zu Mehraufwand.



Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	705,0	730,9	726,9	-4,0
Ertrag	-304,6	-299,4	-306,2	-6,8
Verrechnungen	70,0	69,1	67,7	-1,4
Saldo	470,4	500,6	488,4	-12,2

Die Verbesserung gegenüber dem Budget um 12,2 Mio. Fr. ist hauptsächlich auf Minderaufwand von 7,5 Mio. Fr. bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG und von 5,1 Mio. Fr. bei den Taggeldern Straf- und Massnahmenvollzug zurückzuführen.

Die Rechnung 2009 schliesst um 18 Mio. Fr. über dem Vorjahr ab. Einsparungen gab es bei den Spitalbehandlungen gemäss KVG (-5 Mio. Fr.). Eine Aufwandminderung von - 24,4 Mio. Fr. resultierte bei den Beiträgen an Behinderteninstitutionen aufgrund einer Umbuchung zu den Ergänzungsleistungen (Subjektfinanzierung). Der ins Gewicht fallende Mehraufwand liegt bei den Ergänzungsleistungen AHV/IV (24,9 Mio. Fr.), bei den Betriebsbeiträgen an die Spitäler (11,3 Mio. Fr.) sowie bei der Polizei (3,8 Mio. Fr.) vor.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	167,1	172,3	178,6	6,3
Ertrag	-118,0	-115,0	-123,0	-8,0
Verrechnungen	-4,7	-7,4	-5,4	1,9
Saldo	44,4	50,0	50,2	0,2

Das Ergebnis, leicht schlechter als Budget, ergibt sich aufgrund eines wesentlich höheren Beitrags an den AVIG-Vollzug (Arbeitslosenkasse und RAV) im Amt für Wirtschaft und Arbeit (+1,9 Mio. Fr.), welcher durch die guten Abschlüsse der restlichen Ämter nicht ganz kompensiert werden konnte. Grössere Differenzen ergaben sich bei dem für das Volkswirtschaftsdepartement saldoneutralen Durchlaufposten Finanzausgleich Kirchgemeinden (Aufwand +1,9 Mio. Fr. und interne Verrechnungen +1,9 Mio. Fr.) und bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen in den Bereichen Landwirtschaft (+5,2 Mio. Fr.) und Militär (+1,6 Mio. Fr.). Die Energiefachstelle erhielt 1,2 Mio. Fr. mehr Bundesgelder als budgetiert. Diese wurden 2009 über das Förderprogramm auch ausgeschüttet.

Gerichte

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Aufwand	22,2	22,3	20,8	-1,5
Ertrag	-5,0	-5,1	-4,9	0,2
Verrechnungen	2,4	2,4	2,2	-0,2
Saldo	19,6	19,6	18,1	-1,5



Das Geschäftsjahr 2009 ergab einen Überschuss im Globalbudget von knapp 1,2 Mio. Fr., womit die Budgetüberschreitung des Jahres 2008 (1,1 Mio. Fr.) ausgeglichen werden konnte. Die Differenz zum Voranschlag entstand wiederum im Wesentlichen bei den schwierig planbaren Kosten für amtliche Verteidigung, Entschädigungen an Freigesprochene und bei den Kosten der unentgeltlichen Rechtspflege, die in der Vergangenheit rückläufig waren und 2009 wieder etwas anstiegen.

1.4.2 Investitionsrechnung

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Ausgaben	181,2	167,7	139,6	-28,1
Einnahmen	-91,5	-59,9	-44,7	15,2
Nettoinvestitionen	89,7	107,8	94,8	-12,9

Für Bildungs- und Allgemeine Bauten wurden 22,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 21,5 Mio. Fr.) ausgegeben.

Für Spitalbauten wurden Nettoinvestitionen in der Höhe von 29,7 Mio. Fr. getätigt, das sind 5,7 Mio. Fr. weniger als budgetiert.

Die Nettoinvestitionen für den Kantonsstrassenbau betragen 39,8 Mio. Fr. (2008: 40,2 Mio. Fr.). An die Bruttoausgaben von 76,4 Mio. Fr. (2008: 108,4 Mio. Fr.) zahlen der Bund 22,0 Mio. Fr. (2008: 54,2 Mio. Fr.) und die Gemeinden 14,4 Mio. Fr. (2008: 14,0 Mio. Fr.).

Abschlussarbeiten an den Nationalstrassen kosteten 2,3 Mio. Fr. (2008: 16,7 Mio. Fr.), welche vollumfänglich durch den Bund finanziert wurden (Finanzierungsschlüssel gemäss den Regeln der NFA).

Beim öffentlichen Verkehr betragen die Investitionsausgaben brutto 4,3 Mio. Fr. (Voranschlag: 4,5 Mio. Fr.). Rückzahlungen von Darlehen verschiedener öV-Betriebe von 1,5 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,2 Mio. Fr.) führten zu einem Ausgabenüberschuss von 1,7 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,9 Mio. Fr.).

Beim Amt für Umwelt betragen die Investitionsausgaben brutto 1,8 Mio. Fr. (Voranschlag 10,7 Mio. Fr.). Bundesbeiträge (0,6 Mio. Fr.) sowie die Rückzahlung von Darlehen in der Höhe von 1,2 Mio. Fr. führten sogar zu einem minimalen Einnahmenüberschuss.

Die Amtliche Vermessung investierte in die Realisierung des Projektes RADAV (Rasche Erfassung der Daten der Amtlichen Vermessung) 2,2 Mio. Fr. (Voranschlag: 3,3 Mio. Fr.). Die Beiträge des Bundes (0,9 Mio. Fr.) und der Gemeinden (0,3 Mio. Fr.) führten zu einem Ausgabenüberschuss von 0,9 Mio. Fr. (Voranschlag: 1,8 Mio. Fr.).



Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Ausgaben	2,3	2,4	3,3	0,9
Einnahmen	-1,7	-1,5	-2,5	-1,0
Nettoinvestitionen	0,6	0,9	0,8	-0,1

Die Differenzen zwischen der Rechnung und Voranschlag sind darauf zurückzuführen, dass die Beiträge an das Ausbildungszentrum des Gastgewerbes (SGB 145/2008) und an den Berufslernverbund Thal-Gäu-Bipperamt (RRB 2009/508) über die Investitionsrechnung verbucht wurden. Die Ausgaben werden vollständig über die Bundesbeiträge finanziert. Weiter wurden 0.1 Mio. Fr. mehr Darlehen zurückbezahlt, als bei der Budgetierung angenommen wurde.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Ausgaben	1,6	8,6	7,8	-0,8
Einnahmen	-1,9	0	0	0
Nettoinvestitionen	-0,3	8,6	7,8	-0,8

Das Amt für Informatik und Organisation hat aufgrund von Verzögerungen bei der Realisierung von Kundenprojekten und Kapazitätsengpässen beim Personal mit 7,2 Mio. Fr. rund 1,4 Mio. Fr. unter dem Voranschlag 2009 (8,6 Mio. Fr.) abgeschlossen. Dafür wurden Rückstellungen in der Höhe von 0,5 Mio. Fr. zu Lasten der Investitionsrechnung 2009 gebildet.



Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Ausgaben	14,1	6,4	5,1	-1,3
Einnahmen	-4,7	0	-2,5	-2,5
Nettoinvestitionen	9,4	6,4	2,7	-3,7

Die Investitionsrechnung des Departementes des Innern blieb mit Nettoausgaben von 2,7 Mio. Fr. um 3,7 Mio. Fr. unter dem Voranschlag. Gründe sind die höheren Einnahmen beim Projekt Polycom und zurückgestellte Investitionsprojekte im Bereich Polizei-Informatik.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE08	VA09	RE09	Diff. 09
Ausgaben	9,1	7,9	11,3	3,4
Einnahmen	-5,1	-4,3	-7,5	-3,2
Nettoinvestitionen	4,0	3,6	3,8	0,2

Innerhalb des Finanzausgleichs Einwohnergemeinden wurden 0,5 Mio. Fr. Investitionsbeiträge an Schulbauten anstelle der budgetierten 0,3 Mio. Fr. ausbezahlt.

Im Amt für Militär und Bevölkerungsschutz überschritt die Beschaffung von Fahrzeugen die Investitionsgrenze und wurde deshalb aktiviert (+0,1 Mio. Fr.).

2.

Rahmenbedingungen

Materiell waren vor allem die folgenden finanzpolitischen Bedingungen und Budgetbeschlüsse zu berücksichtigen:

Wirtschaftswachstum 2009

Gemäss den Angaben des SECO, Staatssekretariat für Wirtschaft resultierte für das Gesamtjahr 2009 ein Rückgang des realen Bruttoinlandproduktes um 1,5%. Gute Lohnabschlüsse 2008, stabiles Steuersubstrat, zeitliche verzögerte Auswirkung der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich positiv auf den Steuerertrag ausgewirkt. Die Krise wird sich jedoch in den folgenden Jahren bei den Steuererträgen und den Bundesanteilen (insbesondere NFA und Direkte Bundessteuer) bemerkbar machen. Die durchschnittliche Jahreststeuerung im 2009 betrug – 0,5%.

Staatssteuer

Es wurde eine Staatssteuer von 105 % erhoben.

Treibstoffzollanteil, LSVa und Globalbudgetbeiträge Hauptstrassen

Der Allgemeine Treibstoffzollanteil von 10,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 9,7 Mio. Fr.) sowie der Ertrag aus der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von 12,1 Mio. Fr. (Vorjahr: 12,2 Mio. Fr.) und den Globalbudgetbeiträgen des Bundes an die Hauptstrassen gemäss NFA von 0,9 Mio. Fr. (Vorjahr: 1,4 Mio. Fr.) wurden vollumfänglich der Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» zugewiesen.

Löhne

Im Jahr 2008 haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung für 2009 verhandelt. Die Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO) hat sich nach längeren Verhandlungen auf eine Erhöhung der Löhne für das Staatspersonal und die Lehrpersonen an den Volksschulen um 2,7% auf der Basis der im Jahre 2008 ausgerichteten Löhne ab dem 1. Januar 2009 geeinigt. Der Regierungsrat hat diesem in der GAVKO erzielten Verhandlungsergebnis am 23. September 2008 (RRB Nr. 2008/1707) zugestimmt. Die daraus folgenden Mehrkosten betragen rund 18,4 Mio. Fr..

Abschreibungen

Die ordentlichen Abschreibungen sind mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen (36,0 Mio. Fr.) und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (40,9 Mio. Fr.) in der Rechnung enthalten. Die Investitionsbeiträge in der Höhe von 4,6 Mio. Fr. (2008: 5,0 Mio. Fr.) werden seit dem 1.1.2008 in der Investitionsrechnung aktiviert, jedoch gleichzeitig in der Erfolgsrechnung zu 100% abgeschrieben.



Rückstellungen

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen gebildet oder erhöht:

- Die Rückstellungen für gefährdete Steuerguthaben wurden um 2,0 Mio. Fr. aufgestockt.
- Als Folge der Reform Sekundarstufe I wurde für die Mittelschulen ein Sozialplan ausgearbeitet (RRB 2009/2289 vom 7.12.09). Dafür wurden 1,5 Mio. Fr. zurückgestellt.
- In der Investitionsrechnung wurden die Globalbudgetreserven um 0,5 Mio. Fr. erhöht.

Mit dem Rechnungsabschluss wurden hauptsächlich folgende Rückstellungen vermindert oder aufgelöst:

- Die Rückstellung von 6,0 Mio. Fr. für den Kantonsanteil der Ergänzungsleistungen wurden vollständig aufgelöst, da nach der Bekanntgabe des definitiven Bundesbeitrages 2008 der Verteilschlüssel Ergänzungsleistungen zwischen Kanton und Einwohnergemeinden festgelegt, die Schlussabrechnung beschlossen und die Zahlungen abgewickelt werden konnten.
- Die Rückstellung für die Fertigstellung des ziko (Ausbildungszentrum Zivilschutz in der Klus) von 0,3 Mio. Fr. konnten im 2009 aufgelöst werden.

Per saldo verringerten sich die Rückstellungen von 125,6 Mio. Fr. per 31. Dezember 2008 um 0,4 Mio. Fr. auf 125,2 Mio. Fr. per 31. Dezember 2009.

Verzinsung Spezialfinanzierung

Im Rechnungsjahr 2009 wurde, wie bereits in den Vorjahren, auf die Verzinsung der Spezialfinanzierungen verzichtet, soweit das Gesetz im Einzelfall nicht zwingend eine Verzinsung vorschreibt.

Formelle Grundlage

Formell richtet sich der Geschäftsbericht 2009 nach der per 1. Januar 2005 in Kraft getretenen WoV-Gesetzgebung (Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1). Für den Geschäftsbericht findet insbesondere § 24 WoV-G Anwendung.

3.

Die grössten Aufwandpositionen

3.1 Besoldungskosten

Der Voranschlag 2009 enthält eine Lohnerhöhung von 2,7 %. Dies führte zu einer Erhöhung der Besoldungskosten der Verwaltung, kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte von rund 8,6 Mio. Fr. (ohne Sozialversicherungsbeiträge), die in den Budgets der Dienststellen enthalten sind.

Die Besoldungen der Spitäler und der Fachhochschule sind in den Staatsbeiträgen an die Spitäler bzw. an die Fachhochschule enthalten.

Departement	Voranschlag 2009	Rechnung 2009	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'639'169	2'621'574	-17'595	-0,7
Staatskanzlei	3'037'363	2'971'566	-65'796	-2,2
Bau und Justiz	40'463'813	37'982'320	-2'481'493	-6,1
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	73'125'216	70'560'055	-2'565'160	-3,5
– Verwaltungspersonal	28'332'752	28'045'973	-286'779	-1,0
Finanz	49'613'145	48'971'499	-641'646	-1,3
Inneres	84'659'049	84'385'309	-273'740	-0,3
Volkswirtschaft	32'483'752	32'559'121	+75'369	+0,2
Gerichte				
– Richter	4'699'361	4'559'503	-139'858	-3,0
– Verwaltungspersonal	9'236'791	8'906'047	-330'744	-3,6
Total Besoldungen	328'290'411	321'562'968	-6'727'443	-2,1

Die obige Tabelle zeigt bei den Besoldungen gegenüber dem Voranschlag eine Abnahme von 6,7 Mio. Fr. oder 2,1 %, die sich auf verschiedene Positionen verteilt.

Der bedeutendste Minderaufwand ist beim Bau- und Justizdepartement zu verzeichnen. Fluktuationsgewinne beim Amt für Umwelt und Amt für Verkehr und Tiefbau sowie die Anstellung von Personal in vergleichsweise tiefen Erfahrungsstufen bei der Staatsanwaltschaft führten zu einem gegenüber der Planung tieferen Personalaufwand.

Beim Departement für Bildung und Kultur wurden die Lehrerbesoldungen um 2,6 Mio. Fr. oder 3,5 % unterschritten. An den Mittelschulen wurden weniger Klassen geführt, als bei der Budgetierung angenommen wurde (-0.9 Mio. Fr.). An den Berufsbildungszentren wurden weniger Klassen wegen Klassenoptimierung und weniger als bei der Budgetierung angenommen geführt (-1.4 Mio. Fr.).

Die Minderkosten bei den Gerichten entstanden aus der Nichtausschöpfung des Aushilfs-, Ersatz- und Amtsrichtercredits sowie des Projektkredites StPO/ZPO (Übertragung Differenz in Voranschlag 2010) sowie aus «Mutationsgewinnen».



Vergleich der Besoldungskosten Rechnung 2008 / Rechnung 2009

Departement	Rechnung 2008	Rechnung 2009	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'531'494	2'621'574	90'080	3,6
Staatskanzlei	2'866'606	2'971'566	104'960	3,7
Bau und Justiz	36'809'468	37'982'320	1'172'852	3,2
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	67'457'456	70'560'055	3'102'599	4,6
– Verwaltungspersonal	26'397'581	28'045'973	1'648'392	6,2
Finanz	47'792'728	48'971'499	1'178'771	2,5
Inneres	80'329'321	84'385'309	4'055'988	5,0
Volkswirtschaft	30'229'620	32'559'121	2'329'501	7,7
Gerichte				
– Richter	4'422'219	4'559'503	137'284	3,1
– Verwaltungspersonal	8'656'905	8'906'047	249'142	2,9
Total Besoldungen	307'493'398	321'562'968	14'069'570	4,6

Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich der Besoldungsaufwand um insgesamt 14,1 Mio. Fr. oder 4,6 %. Die Zunahme ist hauptsächlich auf die gewährte Lohnerhöhung per 1.1.2009 von 2,7 % und Stufenanstiege zurückzuführen.

Die Zunahme bei den Lehrkräften um 3,1 Mio. Fr. gegenüber dem Vorjahr ist auf Folgendes zurückzuführen: Mittelschulen 1,5 Mio. Fr. Rückstellung für den Sozialplan Untergymnasien als Folge der Sek-I-Reform RRB 2009/2289 vom 7.12.09; Berufsbildungszentren 1,5 Mio Fr. Anpassung der Bildungsverordnungen gemäss Berufsbildungsgesetz; Wiedereinführung Berufsschulsport.

Die Zunahme beim Verwaltungspersonal im Departement für Bildung und Kultur um 1,6 Mio. Fr. ist auf Folgendes zurückzuführen: Entschädigungen an Kommissionen von 0,3 Mio. Fr. sind neu unter den Besoldungen der Verwaltung ausgewiesen. Neue Aufgaben des Amtes für Volksschule und Kindergarten als Folge der NFA (0,3 Mio. Fr.), Anpassung der Kaderentschädigungen bei Jugend + Sport, Assistenz der Amtsleitung Kultur und Sport, Stellvertretung der Museumsleitung Altes Zeughaus (total 0,3 Mio. Fr.), Projekt des Bundes zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (0,1 Mio. Fr.), konsequente Entschädigung der Experten im Bildungszentrum Gesundheit und Soziales über den Besoldungskredit und nicht über «Dienstleistungen Dritter» (0,3 Mio. Fr.), Mehraufwand im Bereich Hausdienst, Auf- und Ausbau IT-Support des Berufsbildungszentrums Olten (0,1 Mio. Fr.).

Der Hauptgrund für die Erhöhung des Besoldungsaufwandes des Departementes des Innern um 5% war die bewilligte Erhöhung des Polizeikorps und der Zivilangestellten der Polizei um gesamthaft 20 Pensen.

Die Zunahme beim Besoldungsaufwand beim Volkswirtschaftsdepartement gegenüber dem Vorjahr ergibt sich, nebst den Stufenanstiegen, aus den zusätzlichen Anstellungen bei der Arbeitslosenkasse und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV (+1,7 Mio. Fr.) und dem bewilligten Aufbau bei der Energiefachstelle (+0,1 Mio. Fr.). Die Stellen der Arbeitslosenkasse und bei den RAV werden vollumfänglich vom Bund finanziert.



3.1.1 Pensenübersicht

In der folgenden Tabelle wird die Veränderung der Stellenprozentage pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind sowie das Reinigungspersonal.

GB-Name	31.12.2008	31.12.2009	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3.5	3.5	0.0	0.0 %
Dienstleistungen der Staatskanzlei	20.1	20.8	0.7	3.5 %
Drucksachen/Lehrmittel	6.9	6.9	0.0	0.0 %
Total Behörden/ Staatskanzlei	30.5	31.2	0.7	2.3 %
Führungsunterstützung BJD	18.2	18.5	0.3	1.6 %
Raumplanung	16.5	16.5	0.0	0.0 %
Hochbau (inkl. Hauswarte + Raumpflegepersonal)	56.3	56.8	0.5	0.9 %
Strassenbau	120.1	122.5	2.4	2.0 %
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	0.0	0.0 %
Umwelt	48.8	51.4	2.6	5.3 %
Denkmalpflege und Archäologie	9.6	11.6	2.0	20.8 %
Geoinformationen	10.7	9.7	-1.0	-9.3 %
Jugendanwaltschaft	7.4	7.4	0.0	0.0 %
Staatsanwaltschaft	53.6	58.3	4.7	8.8 %
Total Bau- und Justizdepartement	344.2	355.7	11.5	3.3 %
Führungsunterstützung DBK	15.6	15.0	-0.6	-3.8 %
Volksschulen und Kindergarten	45.9	48.9	3.0	6.5 %
Berufsbildung, Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung, Führung und Koordination der Berufs-, Mittel- und Hochschulen	35.5	37.4	1.9	5.4 %
Kultur und Sport	16.7	16.7	0.0	0.0 %
Mittelschulbildung	287.3	291.7	4.4	1.5 %
Berufsschulbildung	261.9	259.8	-2.1	-0.8 %
Berufsbildung im Gesundheitsbereich	44.2	48.9	4.7	10.6 %
Total Departement Bildung und Kultur	707.1	718.4	11.3	1.6 %
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.1	10.3	0.2	2.0 %
Finanzen und Statistik	14.9	15.2	0.3	2.0 %
Personalwesen	16.6	16.2	-0.4	-2.4 %
Steuerwesen	187.7	184.9	-2.8	-1.5 %
Informationstechnologie	39.1	40.1	1.0	2.6 %
Amtschreiberei-Dienstleistungen	171.3	173.6	2.3	1.3 %
Staatsaufsichtswesen	6.6	6.6	0.0	0.0 %
Total Finanzdepartement	446.3	446.9	0.6	0.1 %



Gesundheit	35.0	34.3	-0.7	-2.0 %
Soziale Sicherheit	60.5	59.6	-0.9	-1.5 %
Öffentliche Sicherheit	81.7	84.0	2.3	2.8 %
Administrative und technische Verkehrssicherheit	94.0	95.3	1.3	1.4 %
Justizvollzug	99.7	98.1	-1.6	-1.6 %
Polizei	459.2	479.2	20.0	4.4 %
Total Departement des Innern	830.1	850.5	20.4	2.5 %
Führungsunterstützung VWD	11.1	10.4	-0.7	-6.3 %
Wirtschaft und Arbeit	127.6	165.5	37.9	29.7 %
Energiefachstelle	3.0	3.8	0.8	26.7 %
Gemeinden und Zivilstandsdienst	33.5	33.3	-0.2	-0.6 %
Wald, Jagd und Fischerei	13.8	14.1	0.3	2.2 %
Landwirtschaft	60.9	58.2	-2.7	-4.4 %
Militär und Bevölkerungsschutz	36.0	38.0	2.0	5.6 %
Total Volkswirtschaftsdepartement	285.9	323.3	37.4	13.1 %
Gerichte	106.2	104.0	-2.2	-2.1 %
Total Gerichte	106.2	104.0	-2.2	-2.1 %
Total Globalbudgets	2'750.3	2'830.0	79.7	2.9 %

- Der ausgewiesene Pensenanstieg im Amt für Denkmalpflege und Archäologie ist auf die Überführung von über längere Zeit über den Lotteriefonds finanzierten, zeitlich befristeten, aber stets verlängerten Anstellungen in ordentliche Pensen zurückzuführen.
- Der vorerst befristete Ausbau des Personalbestandes der Staatsanwaltschaft geht auf eine Empfehlung einer Arbeitsgruppe unter der Leitung des Kompetenzzentrums für Public Managements der Universität Bern zurück. Die Regierung wird dem Kantonsrat demnächst beantragen, die Anzahl Staatsanwälte permanent zu erhöhen, sowie den durch den Personalaufbau bedingten Verpflichtungskredit für das Globalbudget der Staatsanwaltschaft anzupassen.
- Der Anstieg beim Amt für Volksschulen und Kindergarten gegenüber dem Vorjahr beträgt tatsächlich 1,2 Vollzeitpensen und ist auf die Aufgabenübertragung vom Bund zu den Kantonen als Folge der NFA zurückzuführen. Die restliche Differenz von 1,8 Vollzeitpensen ist darauf zurückzuführen, dass seitens Personalamt Gehaltszahlungen an Lehrerstellvertretungen, Gehaltszahlungen und Spesenentschädigungen an Lehrpersonen für die Mitarbeit in Projekten sowie Entschädigungen an Praktikantinnen mit einem Beschäftigungsgrad von mindestens 1 % geführt und dem tatsächlichen Personalbestand zugerechnet werden.
- Die Anzahl Festangestellter beim Bildungszentrum Gesundheit und Soziales betrug am 31.12.09 44,25 Vollzeitpensen. Dozierende sind in verschiedenen Programmen tätig und werden seitens Personalamt ebenfalls jeweils mit einem Mindestpensum von 1 % oder mehr geführt. In der Vergangenheit wurden sie über Honorare abgegolten und erschienen nicht im Pensenbestand.
- Der Pensenzuwachs bei der Polizei ist auf die bewilligte Erhöhung des Polizeikorps und der Zivilangestellten um gesamthaft 20 Pensen zurückzuführen.
- Die Wirtschaftslage führte beim Amt für Wirtschaft und Arbeit zu einer Aufstockung bei der Arbeitslosenkasse und den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Der geplante Aufbau der Energiefachstelle wurde per 31.12.2009 abgeschlossen.



3.1.2 Beiträge an die Pensionskasse und die Sozialversicherungen

Die Beiträge an die staatliche Pensionskasse und die Sozialversicherungen sind den Dienststellen zugewiesen. Der Gesamtbetrag beträgt 68,7 Mio. Fr. (Vorjahr 61,4 Mio. Fr.). Das sind 21,4 % der Bruttobesoldungen (Vorjahr 20,0 %). Der höhere Prozentsatz ist einerseits auf die Einführung der Familienzulage ab 1.1.2009 (+0,6%) und andererseits auf die Erhöhung der ALV-Limite bei den AHV-Beiträgen sowie die Anhebung des Koordinationsabzuges bei den PK-Beiträgen zurückzuführen.

3.2 Nettoaufwand für einzelne Schultypen

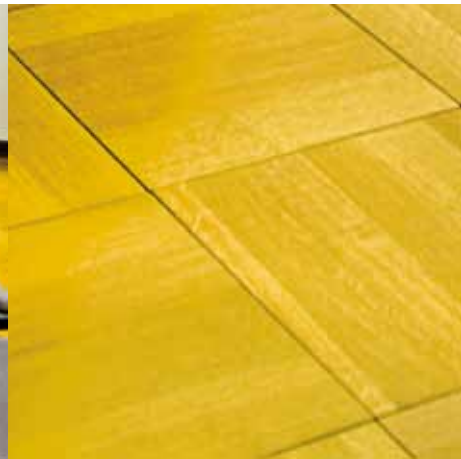
Die folgende Tabelle orientiert über den Netto-Aufwand für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volks- schulen	Mittel- schulen	Berufs- schulen	FH und Höhere Fachschulen	Hoch- schulen	Total
(ab 06 ohne HFT)						
2005	123'178	54'812	32'751	25'520	26'008	262'269
2006	123'628	54'457	41'535	35'292	27'104	282'016
2007	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
2008	162'517	49'963	46'705	82'126*	27'396	368'707
2009	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198

*) Inkl. Bildung einer Rückstellung für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gem. Kantonsratsbeschlüssen SGB 229/2004 vom 4.5.2005 und SGB 090/2009 vom 23.6.2009.

Gegenüber dem Vorjahr ist im Schulbereich ein Minderaufwand von 29,5 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand von 17,4 Mio. Fr. insbesondere auf die Veränderungen im Sonderpädagogischen Bereich zurückzuführen. Während die Beiträge an Sonderschulen 1,5 Mio. Fr. unter dem Wert der Rechnung 2008 liegen (tiefere Defizitabrechnung der Sonderschulen sowie günstigere Einzelfallzuweisungen und -lösungen), erhöhten sich die Beiträge an innerkantonale Sonderschulheime um rund 14,6 Mio. Fr. Durch die Aufgabenteilung/-verlagerung vom Bund zu den Kantonen als Folge der Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA) erhöhen sich die Kosten für den Kanton Solothurn um rund 40 Mio. Fr. aufbauend ab 2007. Dass sich diese Kosten nicht in einem Schritt um 40 Mio. Fr. erhöhen werden, war schon frühzeitig, seit 2006, erkennbar. Diese gegenüber der Rechnung 2008 angestiegenen Kosten bestätigen die Zielgrösse 2010 von den zusätzlichen 40 Mio. Fr., allerdings ohne die Teuerungsrate über die Jahre 2004 bis 2010 berücksichtigt zu haben. Bei den Beiträgen an Gemeinden für Lehrerbesoldungen ist ein Anstieg um 1,8 Mio. Fr. zu verzeichnen. Dieser ist hauptsächlich auf die Teuerung zurückzuführen. Bei den Projekten ist der Mehraufwand von 1,7 Mio. Fr. die Folge der Auflösung von transitorischen Passiven im 2008 in der Höhe von 1,8 Mio. Fr.
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Mehraufwand von 3,6 Mio. Fr. hauptsächlich auf die Bildung einer Rückstellung in der Höhe von 1,5 Mio. Fr. für den Sozialplan (RRB 2009/2289 vom 7.12.2009) als Folge der Reform Sekundarstufe I zurückzuführen



(die Sekundarstufe P dauert nur noch zwei Jahre, das Untergymnasium dauerte 3 Jahre). Die Besoldungen Lehrkräfte lagen 1,2 Mio. Fr. höher. Dies ist auf mehr Schüler und Klassen sowie die neu angebotene bilinguale Matur an der Kantonsschule Olten zurückzuführen.

- Bei der Fachhochschule ist der Minderaufwand von 51,5 Mio. Fr. hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass im 2008 eine Rückstellung in der Höhe von 48,4 Mio. Fr. für die Schliessung der Deckungslücke Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn gemäss Kantonsratsbeschluss SGB 229/2004 vom 4.5.2005 gebildet wurde. Der restliche Minderaufwand ist auf die neue Leistungsvereinbarung (SGB 126a/2008 vom 2.12.2008) mit neuem Verteiler, der tiefere Beiträge für Solothurn vorsieht, begründet.

3.3 Nettoverschuldung und Zinsendienst

3.3.1 Nettoverschuldung

Die Nettoverschuldung – verstanden als Differenz zwischen den gesamten fremden Mitteln (kurz-, mittel- und langfristigem Fremdkapital sowie Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen) einerseits und dem Finanzvermögen (frei verfügbare flüssige Mittel, Guthaben, Anlagen) andererseits – hat sich wie folgt entwickelt:

Nettoverschuldung (in Mio. Fr.)	2005	2006	2007	2008	2009
Fremdkapital*	1'482,9	1'351,5	1'337,2	1'133,3	1'021,9
Spezialfinanzierungen (netto)	43,3	47,4	33,6	46,4	55,0
Total fremde Mittel	1'526,2	1'398,9	1'370,8	1'179,7	1'076,9
./. Finanzvermögen	1'079,4	998,4	1'105,2	1'006,4	1'062,3
Nettoverschuldung	446,8	400,5	265,6	173,3	14,6

*) ohne Darlehen der landwirtschaftlichen Kreditkasse (2009 total 67,5 Mio. Fr.)

3.3.2 Nettozinsaufwand

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes werden nach Neuem Rechnungsmodell den Passivzinsen die Vermögenserträge gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Abschnitt 1.2 in diesem Teil) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2005 präsentiert sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	2005	2006	2007	2008	2009
Passivzinsen	45,9	40,2	36,9	34,6	27,2
Vermögenserträge*	18,2	22,3	26,5	22,6	31,7
Nettozinsaufwand	27,7	17,9	10,4	12,0	-4,5
Total Staatssteuern	703,6	711,5	814,5	762,9	797,0
Nettozinsaufwand in % Staatssteuern	3,9	2,5	1,3	1,6	-0,6

*) exkl. Buchgewinne



Gegenüber dem Vorjahr wird ein Nettozinsertag von 4,5 Mio. Fr. ausgewiesen (2008: Nettozinsaufwand 12,0 Mio. Fr.). Dies entspricht einer Verbesserung von 16,5 Mio. Fr. Diese Entwicklung ist einerseits auf den Rückgang der langfristigen Schulden und andererseits auf die Ausrichtung einer Dividende der Alpiq im 2009 von 15,2 Mio. Fr. zurückzuführen. Im Vorjahr hat die ATEL anstelle einer Dividende eine Aktiennennwertreduktion vorgenommen, welche erfolgsneutral der Beteiligung gutgeschrieben wurde.

3.4 Abschreibungen

3.4.1 Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden aufgrund des Standes am 31. Dezember 2009, d.h. nach den Aktivierungen, vorgenommen. Das den Abschreibungen unterliegende Verwaltungsvermögen wird in der Bilanz unter den Positionen Sachgüter, Bedingt rückzahlbare Darlehen Öffentlicher Verkehr und Investitionsgüter ausgewiesen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen veränderte sich 2009 wie folgt:

Abschreibungen Verwaltungsvermögen Rechnung in Mio. Fr.	2008	2009
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1. Januar	224,9	266,0
Abzuschreibende Nettoinvestitionen laufendes Jahr	70,7	68,6
Verwaltungsvermögen per Ende Rechnungsjahr vor Abschreibungen	295,6	334,6
Ordentliche Abschreibungen	29,6	33,5
Restbuchwert per 31. Dezember	266,0	301,1

In der Staatsrechnung 2009 wurden auf dem Verwaltungsvermögen ordentliche Abschreibungen von insgesamt 36,0 Mio. Fr. vorgenommen. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

Ordentliche Abschreibungen von 10 % auf Verwaltungsvermögen	33,5
Abschreibungen für Wertberichtigungen öffentl. Verkehr 2009	2,5
Total ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	36,0

Auf den Spezialfinanzierungen (Strassenbauten, usw.) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 40,9 Mio. Fr. (Voranschlag: 44,9 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

Der Gesamtabschreibungssatz des Verwaltungsvermögen wird wie folgt berechnet:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2009	334,6
+ abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierungen 2009	40,9
= Total abzuschreibende Aktiven	375,5
Ordentliche Abschreibungen auf Verwaltungsvermögen	36,0
+ Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	40,9
= Für die Berechnung des Gesamtabschreibungssatzes massgebende Abschreibungssätze	76,9
Gesamtabschreibungssatz (in %) = (76,9 Mio. Fr. X 100) / 375,5 Mio. Fr.	20,5 %



3.4.2 Finanzvermögen

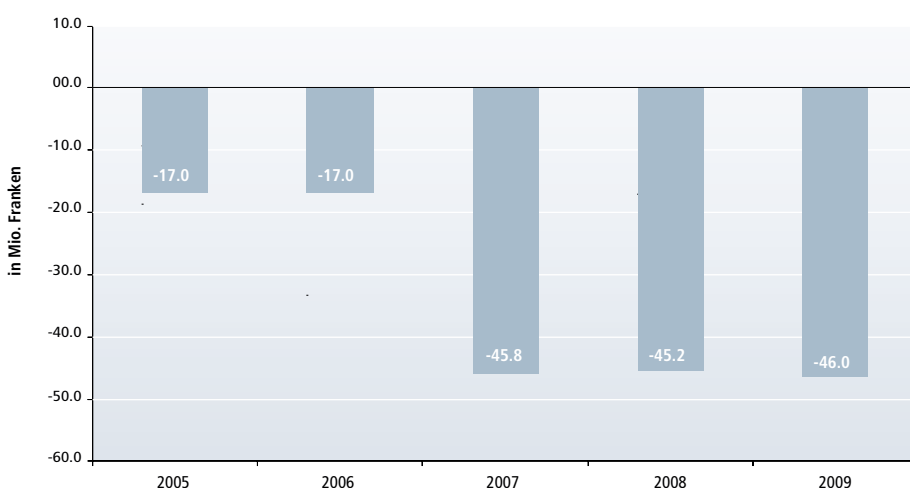
Die Abschreibungen auf dem Finanzvermögen erreichen im Rechnungsjahr den Betrag von 20,6 Mio. Fr. (Vorjahr: 24,0 Mio. Fr.). Daran partizipieren nebst Strafverfolgung und Justiz-administration (2,9 Mio. Fr.), Gerichten (0,7 Mio. Fr.), Amtschreibereien (0,3 Mio. Fr.), Motor-fahrzeugkontrolle (0,2 Mio. Fr.) und Sozialen Dienste (0,2 Mio. Fr.) vor allem das Steueramt mit folgenden Verlusten von insgesamt 16,0 Mio. Fr.:

	Mio. Fr.
Erlassene Staatssteuern Natürlichen Personen	1,0
Uneinbringliche Staatssteuern Natürlichen Personen	11,8
Erlassene und uneinbringliche Staatssteuern Juristischen Personen	0,2
Erlassene und uneinbringliche Spitalsteuern	0,2
Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern	0,8
Rückstellung Steuerausstände	2,0
Total	16,0

Die auf den Staatssteuern abgeschrieben Beträge machen 2,0 % des gesamten Staats-steuerertrages aus und liegen damit unter dem Vorjahr (2008: 2,4 %).

3.5 Strassenbaufonds

- Verlustvortrag bzw. +Eigenkapital in Mio. Fr.

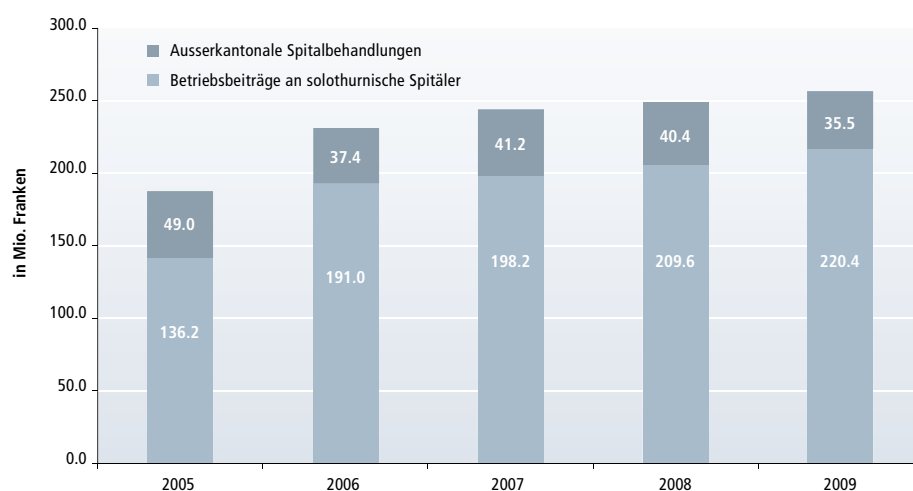


Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung «Strassenbaufonds» ge-deckt. Trotz der intensiven Bautätigkeiten im Zusammenhang mit dem Baufortschritt im Projekt «Entlastung Region Olten» (ERO) nimmt die Verschuldung der Spezialfinanzierung im Jahr 2009 bloss um 0,8 Mio. Fr. zu. Für die Verbesserung gegenüber dem Voranschlag sind die tieferen Nettoinvestitionen und das bessere Resultat des Globalbudgets «Strassen-bau» der Erfolgsrechnung verantwortlich. Die Fondsverschuldung steigt per Ende Jahr von 45,2 Mio. Fr. auf 46,0 Mio. Fr. an.



3.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen

Spitalkosten inner- und ausserkantonale in Mio. Fr.



Die Spitalbehandlungen gemäss KVG betragen netto 35,5 Mio. Fr. (2008: 40,4 Mio. Fr.) und liegen 7,5 Mio. Fr. unter dem Budget. Gründe sind die Auflösung von in den letzten Jahren zuviel gebildeten Abgrenzungen (-5,0 Mio. Fr.), der Mehrertrag bei den Rabatten (-1,8 Mio. Fr.) und weniger erhaltene Rechnungen (-0,7 Mio. Fr.).

Für die Solothurner Spitäler AG (soH) wurde wie budgetiert ein Betriebsbeitrag von 220,4 Mio. Fr. überwiesen. Darin enthalten ist auch der Mietzins inkl. Nebenkosten von 33,7 Mio. Fr. an das Hochbauamt.

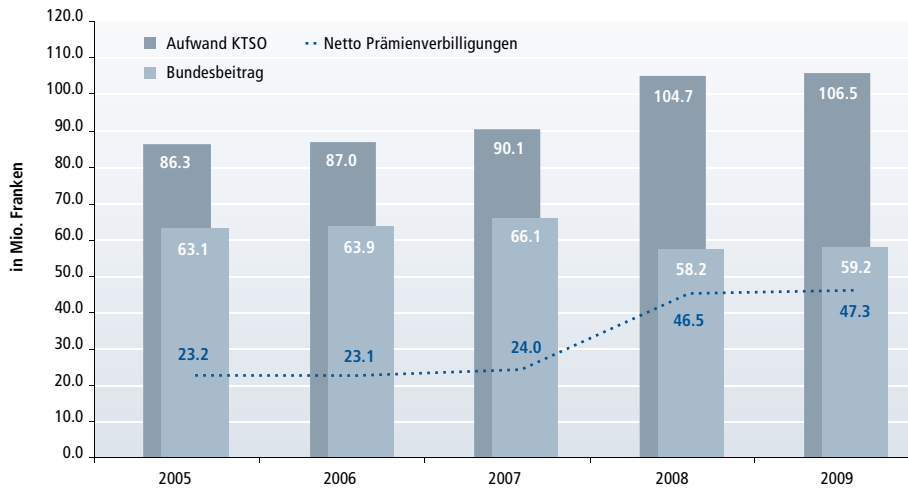
3.7 Soziale Sicherheit

Die Nettoaufwendungen für die Sozialversicherungen betragen, einschliesslich Verwaltungskosten, 119,1 Mio. Fr. (Voranschlag 2009: 118,8 Mio. Fr.; Rechnung 2008: 88,3 Mio. Fr.). Die Rechnungen der einzelnen Versicherungen schliessen wie folgt ab:

- Für die Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG wurden wie budgetiert 106,5 Mio. Fr. (Vorjahr: 104,7 Mio. Fr.) aufgewendet. Der Bundesbeitrag an den Aufwand betrug 59,2 Mio. Fr. (Vorjahr: 58,2 Mio. Fr.). Es resultiert eine Nettobelastung für den Kanton von 47,3 Mio. Fr. (Vorjahr: 46,5 Mio. Fr.).



Prämienverbilligung nach KVG



- Aus Ergänzungsleistungen zur AHV/IV mit einem Aufwand von 154,8 Mio. Fr. zu Gunsten privater Haushalte und einem Ertrag aus Beiträgen von Bund und Einwohnergemeinden über 88,2 Mio. Fr. bleibt für den Kanton der Saldo von 67,7 Mio. Fr. inklusive Verwaltungskostenanteil (Voranschlag 2009: 67,9 Mio. Fr.; Rechnung 2008: 42,8 Mio. Fr.) zu tragen.
- Der Aufwand für die Sozialversicherung AHV (erlassene AHV/IV/EO-Beiträge) und die Beiträge der Kantone an die FL (Familienzulagen in der Landwirtschaft) belaufen sich auf 2,2 Mio. Fr. (Voranschlag 1,7 Mio. Fr., Vorjahr: 1,3 Mio. Fr.).

Der Nettoaufwand für die sozialen Dienste betrug 0,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2009: 1,6 Mio. Fr.; Rechnung 2008: 1,3 Mio. Fr.). Damit wurden Hilfeleistungen für Menschen, die Opfer einer Straftat geworden sind, gewährleistet (Soforthilfe, längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung). Aus dem Alkoholzehntel sind, für die Staatsrechnung kostenneutral, Projekte im Umfang von 0,9 Mio. Fr. unterstützt oder durchgeführt worden (Suchtprävention).

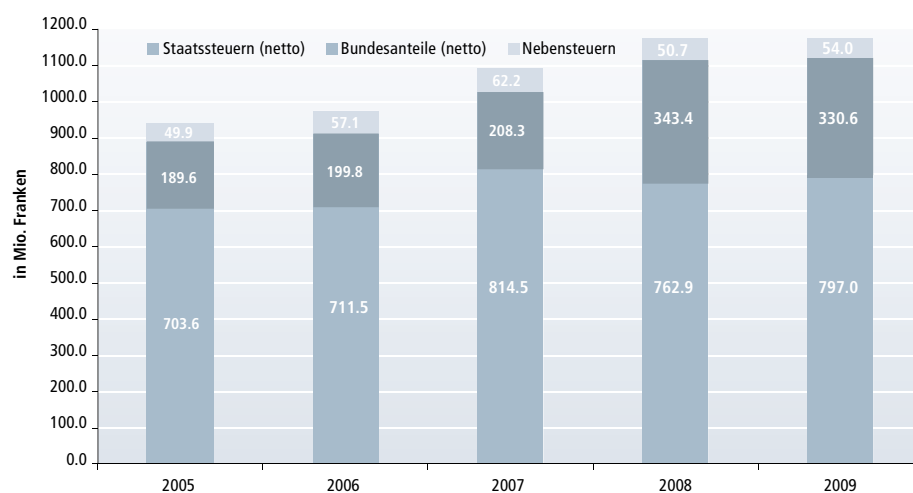
Die sozialen Institutionen belasteten den Kanton netto mit 33,5 Mio. Fr. (Voranschlag 2009: 30,4 Mio. Fr.; Rechnung 2008: 57,1 Mio. Fr.) für Beiträge an ausserkantonale Behindertenwohnheime und Werkstätten.

Im Fachbereich Sozialhilfe und Asyl werden die kantonalen Erträge aus Rückerstattungen sowie die Asylrechnung ausgewiesen. Einem Aufwand (inkl. Verrechnungen und 2,8 Mio. Fr. Rückstellungen) von 21,3 Mio. Fr. steht ein Ertrag von 21,3 Mio. Fr. gegenüber.

4.

Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge in Mio. Fr.



Der Anstieg des Staatssteuerertrages konnte den Rückgang bei den Bundesanteilen gegenüber der Rechnung 2008 mehr als kompensieren.

4.1 Bundesanteile

An Bundesanteilen wurden insgesamt 330,6 Mio. Fr. vereinnahmt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 323,5 Mio. Fr. per Saldo um 7,1 Mio. Fr. übertroffen. Aufgrund der guten Wirtschaftslage der Vorjahre hat sich der Anteil an der direkten Bundessteuer (+2,4 Mio. Fr.) sowie die Verrechnungssteuer (+4,2 Mio. Fr.) erhöht.

Die Abnahme der Bundesanteile gegenüber dem Vorjahr ist insbesondere auf den Rückgang bei der Verrechnungssteuer (-6,9 Mio. Fr.) zurückzuführen. Aufgrund der NFA wird der Allg. Treibstoffzollanteil ab 1.1.2008 zu 100% dem Strassenbaufonds zugewiesen.



Der Ertrag aus den Bundesanteilen hat sich in den letzten Jahren wie folgt entwickelt:

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	2005	2006	2007	2008	2009
– Reingewinn Nationalbank	0,2	-	-	-	-
– Ertrag Nationalbank	65,2	57,9	57,7	54,6	54,5
– Direkte Bundessteuer	43,9	47,5	49,7	55,3	53,9
– Verrechnungssteuer	13,1	13,8	14,8	21,0	14,1
– Finanzausgleichsbeitrag ¹⁾	61,9	74,4	79,4	3,8	-
– NFA-Ressourcenausgleich	-	-	-	212,3	211,6
– NFA-Härteausgleich	-	-	-	-4,1	-4,1
– Anteil EU-Zinsbesteuerung	-	-	0,5	0,5	0,6
– Allg. Treibstoffzollanteil ²⁾	5,7	6,2	6,3	-	-
Total	189,6	199,8	208,3	343,4	330,6

1) Der Betrag von 3,8 Mio. Fr. im 2008 ist eine einmalige Nachzahlung des Bundes zur Abrechnung 2007 über den Finanzausgleich nach «altem» Recht.

2) Entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil, welcher der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen wurde.

4.2 Staatssteuerertrag

Der Ertrag aus den Staatssteuern ist wie folgt in die Erfolgsrechnung eingesetzt worden:

Staatssteuer (in Mio. Fr.)	VA 09	RE 09	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Staatssteuer nat. Personen ^{*/**}	565,0	614,1	+49,1	+8,7
– Staatssteuer jur. Personen [*]	169,0	161,0	-8,0	-4,7
– Finanzausgleichssteuer	16,1	14,2	-1,9	-11,8
– Bussen (Strafsteuer)	0,7	0,2	-0,5	-71,4
– Grenzgängerbesteuerung	1,4	1,6	+0,2	+14,3
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	5,3	5,9	+0,6	+11,3
Total	757,5	797,0	+39,5	+5,2

*) inkl. Erträge aus Vorjahren

***) inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Der in die Staatsrechnung 2009 eingegangene Gesamtertrag der Staatssteuern liegt über dem Voranschlag (+39,5 Mio. Fr. oder +5,2 %). Bei den natürlichen Personen lag der Steuerertrag vor allem bei den Erträgen aus Vorjahren wesentlich über dem Voranschlag.

Die folgende Übersicht zeigt die Erträge der Staatssteuern für die Jahre 2005–2009:

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	2005	2006	2007	2008	2009
– Staatssteuer nat. Personen ^{*/**}	577,1	564,5	599,9	605,3	614,1
– Staatssteuer jur. Personen [*]	109,1	127,4	180,6	133,5	161,0
– Finanzausgleichssteuer	10,9	12,1	17,1	13,6	14,2
– Bussen (Strafsteuer)	0,5	0,5	0,9	1,3	0,2
– Grenzgänerbesteuerung	1,3	1,3	1,5	1,7	1,6
– Grundstückgewinnsteuer (netto)	4,7	5,7	14,5	7,5	5,9
Total	703,6	711,5	814,5	762,9	797,0

^{*)} inkl. Erträge aus Vorjahren

^{**)} inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern, Kapitalabfindungssteuern, übrige Sondersteuern und Spitalsteuern aus Vorjahren; netto (Gesamterträge abzüglich Anteil des Bundes und der Gemeinden)

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Zunahme beim Ertrag der Staatssteuern um 34,1 Mio. Fr. oder 4,5 % festzustellen. Die Zunahme ist zum grössten Teil den juristischen Personen zuzuschreiben.

4.2.1 Entwicklung Steuerausstand

Der Ausstand an Staatssteuern betrug per Ende 2009 rund 256,7 Mio. Fr. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus Ausständen von 31,8 Mio. Fr. aus den Jahren 1992–2007, 80,7 Mio. Fr. aus dem Jahr 2008 sowie 144,3 Mio. Fr. aus dem Jahr 2009. Die Höhe des Ausstandes ist eine Folge des gestiegenen Steuerertrages 2008 einerseits und erhöhter Zahlungsprobleme der Steuerpflichtigen andererseits.

Steuerausstand	1.1.2005	236'528'733 Fr.
Steuerausstand	1.1.2006	245'447'029 Fr.
Steuerausstand	1.1.2007	222'848'463 Fr.
Steuerausstand	1.1.2008	231'402'678 Fr.
Steuerausstand	1.1.2009	233'140'638 Fr.
Steuerausstand	31.12.2009	256'716'030 Fr.
Veränderung Steuerausstand per Ende 2009		+23'575'392 Fr.



4.3 Nebensteuern

Der Ertrag der Nebensteuern 2009 liegt um 3,9 Mio. Fr. unter dem Budget. Rückgänge gegenüber dem Voranschlag sind bei allen Positionen zu verzeichnen.

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	VA 09	RE 09	Diff. in Fr.	Diff. in %
– Handänderungssteuer	35,5	35,1	-0,4	-1,1
– Erbschaftssteuer	15,5	13,7	-1,8	-11,6
– Nachlasssteuer	6,0	4,6	-1,4	-23,3
– Schenkungssteuer	0,9	0,6	-0,3	-33,3
Total	57,9	54,0	-3,9	-6,7

Die nachstehende Tabelle zeigt die seit 2005 ausgewiesenen Erträge der Nebensteuern:

Nebensteuern in Mio. Fr.	2005	2006	2007	2008	2009
– Handänderungssteuer	27,9	33,9	40,9	33,8	35,1
– Erbschaftssteuer	15,5	16,0	14,9	11,5	13,7
– Nachlasssteuer	5,9	6,2	5,3	4,8	4,6
– Schenkungssteuer	0,6	1,0	1,1	0,6	0,6
Total	49,9	57,1	62,2	50,7	54,0

Der gesamte Ertrag der Nebensteuern liegt mit 54,0 Mio. Fr. über dem Vorjahr, jedoch unter den Zahlen der Jahre 2006 und 2007.





Bericht der
Revisionsstelle **IV**

Bericht der Revisionsstelle

Kantonale Finanzkontrolle

Bielstrasse 9 | Postfach 157
4502 Solothurn
Telefon 032 627 21 01
Telefax 032 627 28 60
www.finanzkontrolle.so.ch

IIIIII KANTON **solothurn**

Bericht der Revisionsstelle

**an den Kantonsrat des Kantons Solothurn
zum Geschäftsbericht 2009**

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung 2009

Die Kantonale Finanzkontrolle hat gestützt auf § 72 Absatz 1 Buchstabe a des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-Gesetz; BGS 115.1) die vom Finanzdepartement vorgelegte Jahresrechnung 2009, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Anhang, Spezialfinanzierungen, Legate und Stiftungen, Verpflichtungskreditkontrolle und Globalbudgets für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Die im Geschäftsbericht separat aufgeführten Jahresrechnungen verschiedener staatlicher Institutionen werden anlässlich separater Revisionen geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben.





Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2009 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften.

Ferner weisen wir darauf hin, dass bei der Spezialfinanzierung Strassenbaufonds der Verlustvortrag nicht nach den gesetzlichen Vorschriften abgetragen werden kann (§ 43 Absatz 3 WoV-Gesetz, § 30 WoV-Verordnung). Der Grund liegt in der Realisierung der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten, welche langfristig mit der im Jahr 2003 in Kraft getretenen und bis Ende 2022 befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer finanziert werden. Der Verlustvortrag, welcher erstmals 1999 entstanden ist, beträgt per 31. Dezember 2009 46 Mio. Franken.

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher Vorschriften

Die Finanzkontrolle erfüllt die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz und die Unabhängigkeit. Sie ist fachlich unabhängig, selbständig und in ihrer Revisionsstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet (§ 61 Absatz 3 WoV-Gesetz). Wir bestätigen, dass keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.


In Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Regierungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert, wobei gemäss Beschluss des Regierungsrates vom 16. Dezember 2008 (RRB Nr. 2303) noch einzelne Anpassungen vorzunehmen sind. Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 23. Februar 2010 (RRB Nr. 300) die Dienststellen beauftragt, bis am 30. Juni 2010 die bestehenden IKS-Systeme anhand der vorliegenden IKS-Inventarliste zu inventarisieren und gleichzeitig zu prüfen, ob alle finanzrelevanten Bereiche abgedeckt sind.

Ferner bestätigen wir, dass der Antrag über die Verwendung des Ertragsüberschusses den gesetzlichen Vorschriften entspricht und empfehlen dem Regierungsrat und dem Kantonsrat, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Solothurn, 10. März 2010

Kantonale Finanzkontrolle


P. Hard
Chef
Zugelassener Revisionsexperte


B. Eberhard
Leitender Revisor
Zugelassener Revisor



Kanton Solothurn

Amt für Finanzen

Barfüssergasse 24

4509 Solothurn

Telefon 032 627 20 96

Telefax 032 627 22 71

www.so.ch/de/pub/home.htm

afin@fd.so.ch

Lichtkünstler: Gerry Hofstetter, Zürich
Fotos: Markus Daepfen, Solothurn

